

Bezugspreis:

Wochenblatt 6.- RM. monatlich 1.- RM. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 6.- RM. ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.25 RM. für das übrige Russland 10.25 RM. bei täglich einmal Zustellung 8.25 RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Ostpreußen, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Reklamspalte kostet 1.50 RM. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckt 60 Sp. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Sp. Stellengehalt und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Sp., jedes weitere Wort 30 Sp. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leuzerungsanschlag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.50 RM. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Woriuplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 6. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Woriuplatz, Nr. 11753-54.

Die deutschen Soldaten im Baltikum.

Genosse Winnig sendet uns folgende Darstellung über die Entstehung der verworrenen Verhältnisse im baltischen Osten:

Auf dem Kongress der Soldatenräte der VIII. Armee, der am 17. November d. J. auf meine Veranlassung in Riga zusammentrat, erging sich ein alter Landsturmmann von einem bei Dinaburg stehenden Truppenteil in beweglichen Klagen über bolschewistische Angriffe. Er schilderte drastisch die Unversöhnlichkeit der bolschewistischen Truppen, die seit einigen Tagen mit großer Macht unsere Truppen bedrängten und so gut wie keinen Widerstand fanden. Er forderte dringend eine Einwirkung auf die Truppen durch Aufklärung über die Bolschewisten und vor allem ausreichende Verstärkungen.

Wir, die Leitung des Kongresses, wußten nicht recht, was wir mit diesen Klagen beginnen sollten. An einen Krieg mit den Bolschewisten dachte kein Mensch; die Nachricht von diesen Angriffen wirkte außerordentlich überraschend. Warum sollte man sich mit den Bolschewisten schlagen? Es bestand zwischen uns und ihnen kein Streitpunkt. Und nun gar Verstärkungen hinzuliefen erschien ganz und gar unmöglich. Die Truppen verlangten ungenügend nach der Heimbeförderung. Selbst wenn man gemollt hätte, wäre es unmöglich gewesen, Verstärkungen hinzuliefen, weil einfach keine Truppe dem Marschbefehl gefolgt wäre. Man ließ daher diese Klagen zunächst auf sich beruhen.

Der auf diesem Kongress gewählte Zentralrat der VIII. Armee hatte sich denn aber in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit zu befassen. Die Klagen mehren sich. An einigen Stellen der Front hatten unsere Soldaten mit den Bolschewisten fraternisiert und ihre Borräte mit ihnen geteilt. Große Mengen Heeresgut, Geschütz, Maschinengewehre und Munition war den Bolschewisten auf diese Weise in die Hände gefallen. An anderen Stellen der Front, so insbesondere nördlich des Peipussees, war es zu ersten Kampfhandlungen gekommen. Unsere Truppen hatten den vorgehenden Bolschewisten Widerstand geleistet. Etwa Ende November war die ganze Front der VIII. Armee in Bewegung. Von Tag zu Tag zeigte es sich deutlicher, daß dem Vorgehen der Roten Armee ein einheitlicher Plan zugrunde lag, und daß unsere Truppen nicht mehr in der Lage waren, den Vormarsch aufzuhalten.

Die VIII. Armee, zum größten Teile aus den ältesten Jahrgängen und aus Invaliden bestehend, war vollständig demoralisiert. Manche Verbände lösten sich von selber auf und erzwangen ihre Abbeförderung. Ungeheure Mengen an Heeresgut wurden von ihnen heruntrennt oder der einheimischen Bevölkerung oder den Bolschewisten überlassen. In einigen Fällen erzeugten die bolschewistischen Angriffe eine panikartige Flucht. Auch die Front nördlich des Peipussees hielt nicht mehr stand. Sie brach zusammen und die Massen der Roten Armee ergossen sich vom Norden her über Estland. Ende November hatten sie bereits die Nordgrenze Livlands erreicht.

Ich besprach die Lage fast täglich mit dem Zentralrat der VIII. Armee und mit den Kommandobehörden. Die Kommandobehörden standen der Lage ebenfalls rat- und hilflos gegenüber. Ich schlug die Bildung einer Nachhutarmee vor, die durch Aufrufe zur freiwilligen Meldung erfolgen sollte. Die Kommandobehörden gingen auf den Plan ein, ohne aber etwas zu erreichen. Die Lage wurde von Tag zu Tag bedrohlicher. In dieser Not ging ich am 28. November mit dem Verwaltungschef Herrn von Gohler zu dem Führer der VIII. Armee, General von Raiben, und ersuchte ihn, die Bildung der Nachhutarmee mit größtem Eifer zu betreiben. Er erklärte uns, daß er bei dem demoralisierten Zustande der Armee an keinen Erfolg glaube. Ich gab mich zwei Tage mit dem Bescheid zufrieden. Als aber die Katastrophe immer ernster wurde, bewog ich den Zentralrat der VIII. Armee zu einer gemeinsamen Vorstellung beim Chef des Stabes. Am Morgen des 30. November hatten wir eine Besprechung mit dem Oberbefehlshaber und dem Chef des Generalstabes, Major Franz. Die Unterhaltung mit dem Armeekommando war außerordentlich bewegt. Diese alten Soldaten waren ganz niedergedrückt, glaubten an nichts mehr als an den völligen Zusammenbruch und waren zu keinem Entschluß fähig. Ich zwang sie zu der Zusage, an Stelle des unmöglichen Planes, eine Nachhutarmee zu bilden, alle erforderlichen Schritte zu tun, um eine Division von etwa 6000 Mann aufzustellen, die den Abzug unserer Truppen decken sollte. Dies bedeutete eine Revidierung unserer Absichten. Es wurde beschlossen, Mitglieder der Soldatenräte auf Verbundung zu den Truppenteilen zu senden. Das geschah: die Soldatenräte Siemens und Blotke aus Riga, Robert Albert aus Mitau bereisten den Armeebesitz und brachten stattliche Zahlen Freiwilliger zusammen. Diese Division sollte den Namen „Eiserne Division“ erhalten.

Geheime deutsch-dänische Verhandlungen.

Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.

Der dänische Reichstag hat zur Klärung und zur etwaigen Einschränkung der bestehenden Verteidigungsanordnungen einen Ausschuss eingesetzt, dessen Vorsitzender, der Verteidigungsminister Munch, unter anderem den Antrag stellte, die Festung Ropenhagen bestmöglichst zu schließen, obwohl nach dem Wehrgesetz von 1909 die Schlüsselung für 1922 bereits beschlossen ist. Diese Absicht wurde von der Opposition angegriffen. Das Regierungsblatt „Politiken“ kritisierte entgegen dem Willen der Kommission den Beschluß.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Wunsch der Kommission, der Öffentlichkeit seinerzeit keinen Bericht über die Verhandlungen zu geben, tiefer liegende Gründe hat. Bei diesen Verhandlungen haben sich nämlich überraschende Dinge über die früheren Außen- und Militärpolitik der jetzigen Opposition, nämlich des Führers der gemäßigten Linken Partei, J. C. Christensen, der von 1905 bis 1908 Ministerpräsident und Kriegsminister war, herausgestellt.

Unser Kopenhagener Parteiblat „Sozialdemokraten“ gibt jetzt darüber einen ausführlichen Bericht. Christensen soll als Ministerpräsident und Verteidigungsminister durch den damaligen dänischen Hauptmann Luetken in Unterhandlungen mit dem damaligen deutschen Generalkonsul Wolff wegen Abschluß einer Militärkonvention mit Deutschland gekonnt haben, die gegen Deutschlands Feinde, wie ausdrücklich deutschseits betont wurde, gerichtet sein sollte. Als Entschädigung dafür sollte Dänemark Nord Schleswig zurückgeben. Dänemark sollte Ropenhagen und Seeland selbst verteidigen, während Deutschland die Verteidigung von Schonen und Jütland übernehmen sollte.

Diese ganze Politik des früheren Ministerpräsidenten Christensen nahm jedoch ein jähes Ende durch den Sturz des betrügerischen Justizministers Albert im Jahre 1908. Es wurde der Ostseevertrag zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossen, der jedoch kein dauerndes Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Dänemark schaffen konnte, sondern ein immer härteres Verweiden der Ritzrauen des damaligen amtlichen Deutschlands gegen Dänemark zurückließ. Gerade der Umstand, daß Deutschland von den Christensen-Verhandlungen enttäuscht wurde, da man ein größeres positives Ergebnis erwartet hatte, brachte es mit sich, daß man Dänemarks Politik von 1908 bis zum Kriegsausbruch mit der größten Wachsamkeit verfolgte und deshalb war die Stellung für Dänemark in den ersten Augusttagen 1914 sehr kritisch.

Das Interessante an dieser Mitteilung des „Sozialdemokraten“ ist für die Dänen, daß der sogenannte außenpolitische Deutschkurs, den die jetzige Opposition dem jetzigen Außenminister Scavenius vorwirft, gerade von der Opposition selbst seinerzeit geführt worden ist.

Die Veröffentlichung unseres Kopenhagener Parteiblatts hat sofort dem ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Oppositionsführer Christensen den Mund geöffnet. Er erklärt: „Ich habe im vollen Einverständnis mit dem König Hauptmann Luetken nach Berlin geschickt, wozu Wolff Veranlassung gegeben hatte. Luetken lehnte eine Militärkonvention ab, weil er eine solche als für Dänemark gefährlich erklärte. Seine Aufgabe war, Wolff davon zu überzeugen, daß Dänemark nicht auf der Lauer liegen würde, um Deutschland, während es in einen europäischen Krieg verwickelt war, in den Rücken zu fallen, und daß wir unser Verteidigungswesen so einrichten würden, daß es von einer der kriegsführenden Mächte nicht gegen die andere benutzt werden könnte.“

Kunmehr werden auch die deutschen Älten über den Fall geoffnet werden müssen. Besonders wird es Interesse erregen, zu erfahren, ob die Rückgabe von Nord Schleswig wirklich in Aussicht gestellt worden ist und wenn ja, in welcher Form und unter welchen Bedingungen.

Der Eifer der Soldatenräte war vergeblich. Das Armeekommando versagte bei der Organisation. Zehn Tage nach diesem Entschluß war im Armeekommando noch kein Offizier mit der Organisation der Eisernen Division beauftragt worden. Um den Zusammenbruch aufzuhalten, entschloß sich der Zentralratskomitee zu Verhandlungen mit den Bolschewisten. Diese fanden unter Teilnahme von Vertretern des Armeekommandos und meiner Behörde vom 5. bis 7. Dezember in Dinaburg statt. Sie hatten ein befriedigendes Ergebnis. Es wurde vereinbart, daß die Bolschewisten unsere Truppen nicht bedrängen sollten. Unseren Truppen sollte Zeit gelassen werden, ihre Stellungen in Ordnung zu räumen und alles Heeresgut mitzunehmen. Erst nach vollzogener Räumung sollten die

Bolschewisten nachfolgen und das von uns freigegebene Land besetzen.

Diese Vereinbarungen wurden von den Bolschewisten nicht gehalten. Ihre Befehlsgebung an die Truppen erregte große Freude, verleitete aber die Truppen zu einer Unachtsamkeit, die sich östlich Dorpat und bei Wenden blutig rächte. Es war infolge der Unachtsamkeit unserer Truppen den Bolschewisten möglich, die deutschen Stellungen zu umzingeln und die Soldaten zu bedingungslosen Kapitulationen zu zwingen. In den meisten Fällen haben sich die Soldaten widerstandslos unterworfen, nur wenige Truppenteile, so z. B. die Mecklenburgischen Dragoner, machten eine rühmliche Ausnahme und schützten die vertragsbrüchigen Bolschewisten mit blutigen Köpfen zurück.

Diese Entwicklung war naturgemäß auch der Regierung der am 19. November errichteten lettischen Republik unangenehm. Romen die Bolschewisten ins Land, so war es um die Republik Lettland geschehen. Fast täglich waren die Minister Ullmann und Walter bei mir und beschworen mich, für einen besseren Schutz des Landes zu sorgen. Ich konnte nicht mehr tun, als ich getan hatte und weiter tat. Auch die lettischen Sozialisten (Richtung Soale-Loufani-Merges) waren fast täglich bei mir und bearbeiteten mich im gleichen Sinne. Die Lage wurde dadurch noch komplizierter, daß im Lande selbst der Bolschewismus immer dreister sein Haupt erhob. Ich hatte gleich in den ersten Tagen meiner am 14. November aufgenommenen Amtstätigkeit die Vorzensur und die Versammlungsverbote aufgehoben und die politischen Gefangenen aus der Haft entlassen. Infolge dessen hatten auch die Bolschewisten Versammlungen abhalten und eine lebhaft propagandistische Tätigkeit entfalten können. Es war mir vollständig klar, daß an eine Abwehr der Roten Armee nicht mehr zu denken sei. Ich trachtete daher nur noch danach, unsere Truppen heil aus dem Lande zu schaffen und soviel wie möglich von dem wertvollen Heeresgut mitzunehmen.

Daneben mußte ich freilich die Berechtigung der lettischen Forderungen nach weiterem Schutz des Landes anerkennen. Wir hatten dem Lande seine Verwaltung und seinen Selbstschutz genommen und hatten nun die moralische Pflicht, das Land so lange zu schützen, bis es einen neuen Selbstschutz organisiert hatte.

Da sich täglich mehr herausstellte, daß auch die Eisernen Division ein frommer Wunsch bleiben würde, fuhr ich am 8. Dezember nach Berlin und verjuchte die Reichsregierung zu veranlassen, kampffähige Truppen nach dem Baltikum zu senden. Bei diesen Vorstellungen unterstützte mich der damalige Soldatenrat Plottke, der jetzt, soweit ich weiß, bei den Leipziger Unabhängigen eine führende Rolle spielt. Die Vertreter der Reichsregierung versprachen uns Hilfe, insbesondere gab uns der damalige Kriegsminister Scheuch die verbindlichsten Versicherungen. Hilfe kam jedoch nicht. Aus der Eisernen Division war allmählich ein kleines Häuflein von etwa 600 jungen Soldaten geworden, die zum Teil noch niemals im Feuer gestanden hatten. Sie haben sich als Nachhut manchmal gut und manchmal schlecht geschlagen. Das Schicksal Lettlands konnten sie nicht wenden. Es fiel den Bolschewisten wie eine reife Pflaume in den Schoß.

Um die Weihnachtstage war es mir klar, daß es sich nur noch um ganz wenige Tage handeln könne, dann würden wir Riga aufgeben müssen. Die Bolschewisten fanden um diese Zeit etwa 40 Kilometer vor der Stadt. In Riga selbst hatte inzwischen die lettische Regierung mit deutscher Hilfe einige Kompagnien aufgestellt. Diese Kompagnien waren sehr unzuverlässig; zwei von ihnen meuterten am 26. Dezember; sie wurden durch die Schiffsgewächse der inzwischen vor Riga eingetroffenen Engländer zur Reife gebracht.

Unabhängig von der lettischen Regierung, aber in engstem Einvernehmen mit ihr, war eine deutsch-baltische Freiwilligenkompanie gebildet worden, die den Namen „Baltische Landeswehr“ erhielt und ebenso wie die lettischen Kompagnien von uns mit Waffen und Munition ausgerüstet wurde.

Die Engländer waren am 21. Dezember auf der Düna vor Riga erschienen. Am 23. sandte der englische Befehlshaber einen Ordonnanzoffizier zu mir und ersuchte mich um eine Besprechung, die noch am gleichen Tage an Bord des englischen Hilfskreuzers stattfand. Hier erklärten die Engländer, wir hätten nach dem Waffenstillstandsvertrage die Pflicht, im Lande zu bleiben, solange sie es verlangten. Sie verboten uns jeden weiteren Abtransport von Truppen und Heeresgerät. Ich erklärte ihnen, daß das ganz unmöglich sei, die Einstellung des Abtransportes würde einfach die Ruine der Truppen zur Folge haben und das Chaos im Baltikum noch vergrößern.

In diesen Tagen der höchsten Not, als ich der lettischen Regierung sagen mußte, daß alles verloren sei und Riga nicht

mehr gehalten werden könne, erklärte sich die lettische Regierung bereit, allen deutschen Soldaten, die noch weiter für den Schutz des Landes kämpfen würden, das Einbürgerungsrecht zu verleihen. Die sofort ausgenommenen Verhandlungen führten am 29. Dezember zu einem Verträge, der dies Zugeständnis der lettischen Regierung festhielt. Der Vertrag ist von mir und von den Ministern Ullmann, Walter und Solist unterschrieben und jetzt veröffentlicht worden. Ich dachte nicht, daß er jemals eine besondere Bedeutung erlangen würde, denn ich mußte nach allem, was ich an den wenigen Tagen meines Berliner Aufenthalts gesehen hatte, daran zweifeln, daß aus Deutschland Hilfe für das Baltikum zu erwarten sei.

In der Nacht vom 2. zum 3. Januar verließen die letzten deutschen Soldaten das an einigen Stellen örennende Riga und am nächsten Morgen trabte die bolschewistische Vorhut in die Stadt. Ich ging mit der lettischen Regierung zunächst nach Mitau und einige Tage darauf, nachdem sich herausstellte, daß wir auch Mitau nicht würden halten können, am 8. Januar, nach Libau. Wiederum bedrängten mich Deutsche und Letten, Konservative, Demokraten und Sozialisten, noch einmal einen Versuch bei der Reichsregierung zu unternehmen und Hilfe für Lettland heranzuschaffen.

Jetzt war die lettische Regierung sogar bereit, ernsthaft über die Ansiedlung deutscher Soldaten mit mir zu verhandeln. Diese Verhandlungen fanden in Mitau statt, haben aber nie zu einem Ergebnis geführt.

Ich fuhr noch einmal zur Berliner Regierung, und man riet mir, Freiwillige zu werden, die dann von der Reichsregierung ausgerüstet und geschickt werden sollten. Auf dieser Reise begleitete mich der lettische Sozialist Dr. Mende, der mit mir zusammen die Regierung um Unterstützung durch Truppen bat. Ich richtete die „Anwerbestelle Baltikum“ ein, die im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium arbeitete und nach einigen Wochen die ersten Freiwilligen nach Kurland senden konnte. Die Anwerbestelle hatte von mir die strikteste Befehle, den Truppen keine Versprechungen zu machen, die nicht gehalten werden konnten. Man bedrängte mich wiederholt, in den Werbeaufträgen die spätere Ansiedlung in Kurland in Aussicht zu stellen. Ich habe alle solche Anträge abgelehnt und immer wieder gesagt, daß man den Truppen nur das in Aussicht stellen dürfe, was vertraglich vereinbart sei. Sie würden sicherlich von der lettischen Regierung das Bürgerrecht erhalten und damit auch, wie jeder andere Bürger, das Recht, Land zu erwerben; aber eine Landzuweisung dürfe man ihnen nicht versprechen, denn die lettische Regierung habe sich dazu noch nicht bereit erklärt.

Die einzelnen Anwerbestellen und noch mehr die einzelnen Werber haben sich nicht streng an diese Anweisung gehalten; verschiedentlich ist den Truppen die Ansiedlung versprochen worden. Da man nicht jeden Werber dauernd beaufsichtigen konnte, war das nicht zu verhindern. Ich hielt es übrigens nicht für ausgeschlossen, daß die lettische Regierung auch in diesem Punkte zu einem Entgegenkommen bereit sein würde, wenn sie erst einmal einen tatsächlichen Erfolg sähe.

Die Erfolge kamen. Libau, das Ende Januar auf das Neueste gefährdet erschien, konnte gehalten werden. Von hier aus ging dann die Befreiung Kurlands und Litauens vor sich. Ich habe seit Ende Januar die Entwicklung der Dinge im Baltikum nur noch aus ziemlicher Entfernung verfolgen können. Nach meiner Ernennung zum Reichskommissar für den Osten fand ich keine Zeit mehr, mit der lettischen Regierung persönlich zu verhandeln. Es ist möglich, daß es mir gelungen wäre, das bis dahin leidliche Verhältnis mit ihr aufrecht zu erhalten. Die Entwicklung nahm leider einen anderen Lauf. Für uns wurde die anfänglich als Hilfe für Lettland eingeleitete militärische Aktion im Baltikum mehr und mehr eine für den Schutz unserer eigenen Grenze notwendige Maßnahme. Als solche habe ich sie nachher in der Hauptsache angesehen.

Die Gründe für die Verschlechterung unseres Verhältnisses zur lettischen Regierung

liegen noch nicht klar. Deutschenfreunde waren die Letten nie, aber immerhin habe ich, solange ich persönlich mit ihnen verkehrte, stets den Eindruck gehabt, daß mit ihnen ein friedliches Nebeneinanderwohnen möglich sein würde. Ich habe mich sehr viel darum bemüht, Deutsche und Letten miteinander auszuföhnen und zu gemeinsamer Arbeit zu bewegen.

Unter dem Druck der großen Not war das vorübergehend gelungen. Als aber Kurland wieder frei war, fing auch der alte Haber wieder an. Der deutsch-lettische Gegensatz ist überhaupt nicht mit wenigen Worten zu erklären, er ist selbstverständlich durch die sozialen Verhältnisse mit verschuldet. An der gegenwärtigen Zuspitzung haben die Entente-Kommissionen sicherlich eine große Schuld.

Es kommt mir hier nur darauf an, einmal darzustellen, wie die neue Front im Baltikum überhaupt entstanden ist und was es mit dem Vertragsbuch der Letten auf sich hat. Unsere Soldaten fühlen sich mit Recht betrogen. Daß auch die lettische Regierung Gründe für ihren Vertragsbruch vordringen kann, ist mir bekannt. Sie mußten in dem uns aufzunehmenden Friedensvertrag. Aber dieses Nachgeben der Entente kann aus dem Recht der deutschen Soldaten niemals ein Unrecht machen. Wir haben leider keine antwortbaren Nachmittel, um die Anerkennung des Vertrages durchzusetzen. Es wäre ein großes Unheil, wenn die betrogenen Soldaten ihre militärische Macht einsetzen würden, um sich ihr Recht zu erlangen. Sie müssen jetzt aus Lettland heraus. Das deutsche Interesse verlangt jetzt die schnellste Zurückziehung auch des letzten deutschen Soldaten von fremdem Boden.

Offizielle Fälschung.

In der vorstehenden Darlegung hat Genosse Winnig ausdrücklich betont, daß ein Siedlungsvertrag mit der lettischen Regierung nicht abgeschlossen worden ist, daß die deutschen Soldaten daher kein Recht auf Siedlung von den Letten beanspruchen können.

Genau dasselbe hat der deutsche Außenminister Genosse Hermann Müller in seiner von uns schon angezogenen Weimarer Rede erwähnt.

Obgleich wird dem jetzt veröffentlichten Einbürgerungsvertrag — siehe das letzte Abendblatt des „Vorwärts“ — von offizieller Seite die Bemerkung eingefügt, daß nach diesem Vertrag „die deutschen Kurlandkämpfer das lettische Bürgerrecht und damit das Recht auf Siedlung erworben haben“. Das Recht auf Einbürgerung wird also mit dieser Einschlebung dem Recht auf Siedlung gleichgestellt.

Der offizielle Kommentator des Vertrags macht sich desselben Vergehens schuldig, das Winnig den einzelnen Werbern vorwerfen muß. Was bei den letzteren schließlich noch erklärlich, wenn auch nicht entschuldigbar erscheint, wird in der offiziellen Leistung zu einem Skandal. Damit wird abermals der Beweis geliefert, daß die untergebenen Stellen ganz offen die Politik der leitenden Zentralbehörden durchkreuzen, eine Politik auf eigene Faust betreiben, die der Politik der Leitung entgegensteht.

Da ist es allerdings kein Wunder, wenn der lettische Knoten sich nicht lösen will.

Die Stellung der Regierung.

Im Reichskabinett ist erneut die Lage in Kurland besprochen worden. Das Ergebnis der Erörterungen ist folgendes.

Es bleibt bei dem Beschlusse betreffend schnelle Räumung Kurlands. Den Osttruppen können andere Zusicherungen als den Soldaten der Reichswehr nicht gemacht werden. Die von den Truppen im Baltikum aufgestellten Forderungen sind zum größten Teil unerfüllbar. Von Offizieren wie Mannschaften ist unbedingter Gehorsam gegenüber den Befehlen der Reichsregierung zu fordern. Ein Beharren in der Aufhebung würde

den Abbruch der Verbindung, das heißt Sperrung der Bahnung und der Befehls zur Folge haben, sowie strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen.

Arbeitsbeschaffung für die Kriegsgefangenen.

Die lang ersehnte Rückkehr unserer Kriegsgefangenen hat dem Reichsarbeitsministerium Veranlassung gegeben, die seinerzeit vom Demobilisationsministerium erlassenen Bestimmungen über die Einstellung, Entlohnung und Entlohnung der gewerblichen Arbeiter und der Angestellten einer durch die Zeitverhältnisse bedingten Nachprüfung zu unterziehen. Die genannten Bestimmungen des Demobilisationsministeriums vom 4. und 24. Januar 1919 werden außer Kraft gesetzt und an ihre Stelle tritt eine einheitliche neue Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Einstellung und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation vom 3. September 1919, die im Reichs-Gesetzbl. S. 1499 veröffentlicht ist.

Das Ziel der neuen Verordnung geht auch hier wieder dahin, den Kriegsgefangenen den Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz zu erleichtern, indem der Arbeitgeber den Arbeitgebern die Verpflichtung auferlegt, die früher von ihnen beschäftigten Kriegsgefangenen wieder einzustellen. Grundsätzlich und in erster Linie kann der Kriegsgefangene das Einstellungsverlangen an den Arbeitgeber richten, der ihn beim Ausbruch des Krieges beschäftigt; doch sind in den neuen Vorschriften auch andere Möglichkeiten vorgesehen.

Die neuen Vorschriften machen keinen Unterschied zwischen gewerblichen und ionistischen Arbeitern, z. B. in der Landwirtschaft, sie sind auch nicht auf eine bestimmte Betriebsgröße beschränkt. Bei besonders ungünstigen Verhältnissen des Arbeitgebers, die eine Wiedereinstellung verbieten, steht im Streitfalle die Entscheidung über die Einstellung dem Schlichtungsausschuß und Demobilisations-Kommissar zu. Die Frist für die Meldung beim Arbeitgeber ist für die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten auf 6 Wochen festgesetzt worden. Die Kriegsgefangenen können sich also zunächst der Ruhe und Erholung hingeben, ehe sie sich bei ihren alten Arbeitgebern zur Aufnahme der Arbeit zu melden brauchen.

Abgesehen von den Sondervorschriften für die Kriegsgefangenen enthält die neue Verordnung allgemeine grundlegende Vorschriften über die Entlohnung aller beschäftigten Arbeiter und Angestellten, über das Verfahren bei Arbeitsstreitigkeiten und dergleichen, die wohl als Übergangsvorschriften zu dem Betriebsratsgesetz, das der verfassunggebenden Nationalversammlung zurzeit vorliegt, anzusehen sind.

Der Verlag von Carl Heymann, Berlin, Mauertstr. 43/44, wird Erläuterungen zu der neuen Verordnung herausgeben.

Er hat's nicht so gemeint. Wir zitierten in der gestrigen Morgennummer einen Artikel der „Freiheit“, der das bezeichnende Verhältnis enthält, daß ganz Rußland sich in einem ähnlichen Zustand befindet, wie der vom Krieg verheerete Gebietsteil von Frankreich. Der Verfasser des Artikels, Georg Engelbert Graf, ist begreiflicherweise sehr mißmutig darüber, und solches Material geliefert zu haben und betont in einer längeren Zuschrift an uns, daß er die Sache so nicht gemeint habe. Die Zerrüttung des russischen Wirtschaftslebens und Verkehrs habe bereits vor der Revolution bestanden und beruhe auf der politischen Miswirtschaft und dem Krieg. — Es liegt sich sehr wohl mit Graf darüber streiten, ob die russische Zerrüttung im Jahre 1917 auch nur annähernd den Grad erreicht hätte, den sie heute hat. Jedenfalls sollte doch aber der Bolschewismus, der nun schon zwei volle Jahre Rußland regiert, das Mittel sein, um das Land wieder in die Höhe zu bringen. Wenn aber selbst der Unabhängige Graf der Ansicht ist, daß ganz Rußland heute noch sich in dem Zustand befindet wie der vom Kriege verwüstete Teil Frankreichs, so hat er der aufbauenden Kraft des Bolschewismus damit das Urteil gesprochen, wenn er auch dieses Ziel bei seinen Ausführungen nicht im Auge hatte.

welch ergreifender Gewalt liegen die Töne des deutschen Liedes empor! Von da auf den Burgplatz. Auch hier pflanzen wir die Fahne auf. Die deutsche Fahne auf der Kaiserburg zu Wien! Wir breiteten unsere Arme, die Bewegung erwidert jeden Laut, nur ein Gefühl, ein Gebot: Deutschland, Deutschland! In dieser schwarz-rot-goldenen Fahne, die in den Zeiten der Reaktion dann für hochverräterisch galt, hat Bismarck sein ganzes Leben hindurch unermüdet gestanden. Schmer brüchke den aufrechten Mann die Reaktion nieder; wo es noch für die Freiheit zu kämpfen galt, wollte er dabei sein und fuhr 1848 noch Kiel, um für Schleswig-Holstein zu kämpfen. Traurig mußte er umkehren, und nun steht er als ein verdächtiger Verschwörer unter Kaisergerichtsamt, wird als Verräter am Innbruder Schinasium angeklagt und erlangt erst nach vielen Schwierigkeiten das Amt als Professor der Geologie an der Innsbrucker Universität, das ihm seiner wissenschaftlichen Bedeutung nach sehr langem Gedulde.

Durch seine Dichtung ist Bismarck untrennbar mit dem ganzen Titel verbunden.

Kann man von der Luft leben?

Der Gemotsheldenschick wird die Frage vorzeitig mit nein beantworten. Und doch leben wir eigentlich nur von Luft. Wir wollen vom Sauerstoff, den wir zum Atmen unbedingt nötig haben, einmal ganz absehen, dann bleibt Stickstoff und der Kohlenstoffgehalt der Luft übrig. Den Stickstoff verwandeln wir heute bereits auf die verschiedensten Weisen in Verbindungen wie Salze der Salpetersäure, die wir als Düngemittel der Mutter Erde zurüchren und dadurch den Pflanzen die Möglichkeit geben in ihrem Körper das Eiweißmolekül aufzubauen. Nun sind aber die Pflanzen die einzigen tatsächlichen produktiven Eiweißquellen, über die wir verfügen, denn alles übrige Eiweiß, also das tierische Eiweiß, das wir als Fleisch genießen, geht auf dieselbe pflanzliche Eiweiß zurück. Die Kohlenstoffe der Luft fangen die Blätter der Pflanzen unter der Einwirkung des Lichtes und unter Nützlichkeits des Blattgrüns oder Chlorophylls auf und bilden daraus Stärke, Zucker, Fett. So mit haben wir tatsächlich alles, was wir zum Leben brauchen, der Luft entnommen. Aus Stickstoff, Kohlenstoff und Wasser baut sich die Pflanze auf und liefert dabei mittelbar oder unmittelbar Nahrung und Kleidung. Denn auch die Kleidung, die der Mensch braucht, entstammt letzten Endes der Luft, denn entweder besteht sie unmittelbar, wie beim Bein, Nadel, bei der Baumwolle und auch bei dem neuesten Spinnstoff, dem Popierstoff, aus Pflanzenfasern oder sie ist unmittelbar auf die Pflanze zurückzuführen. Denn die Wolle, die das Schaf liefert, ist genau so wie die Seide, die die Raupe liefert, aus pflanzlichen Nahrungstoffen aufgebaut. Essen und Kleidung allein genügen aber dem modernen Menschen nicht, er braucht noch eine Kraftquelle, um die vielen Umwandlungen des täglichen Lebens vornehmen zu können. Die hauptsächlichste Kraftquelle ist aber die Kohle, und auch diese Kohle ist wiederum nichts anderes als die Leberzelle der Kohlenzucker der Luft, die vor vielen tausend Jahren Pflanzen in sich aufgespeichert haben. Man kann also sicher sagen, der Mensch lebt von der Luft.

Ludendorffs letzter Sieg.

Ludendorff, im Deutschen Reich nicht mehr mit schöner Bewandlung angeblickt, gewinnt dafür im Ausland immer mehr an Schätzung. Ein so lange zur Entente geneigtes und den Deutschen lähl gegenüberstehendes Blatt wie die Kopenhagener „Politiken“ hat sich dieser Tage bewundernd für Ludendorff ausgesprochen. Ja, wohl, bewundernd! Und bei keinem anderen Anlasse als beim Erscheinen der dänischen Ausgabe seines Kriegsbuches. Es ist der erste unbestreitbare Sieg, den Ludendorff in Dänemark errungen hat, noch dazu ein Sieg ohne Opfer. Der Redakteur, der Ludendorffs Loblied singt, mußte das Buch nicht einmal lesen. Und begann doch von ihm zu schwärmen: „Ludendorffs Worte“, so las man dieser Tage in „Politiken“, „bedeutet einen Rekord im Weltbuchhandel. Ludendorff, der ein Mann von außerordentlicher Geschäftsgewandtheit ist, hat selbst alle Kontrakte aufgesetzt und mit Hilfe von Dolmetschern mit den Vertretern der Ententebuchhändler verhandelt. Eines der Länder, das am meisten für das Manuskript bezahlte, ist Japan. Die Buchhändler sind allgemein der Ansicht, daß Ludendorff für die erste Auflage einen Reingewinn von einer Million Dollar (= 20 Millionen Mark) erzielte. In keinem Falle kann der Betrag geringer sein.“

Soweit das Kopenhagener Blatt, dem wir die Verantwortung für die Wichtigkeit seiner Behauptungen überlassen müssen. Unwahrscheinlich sind sie nicht. Ludendorff ist jedenfalls in Scandinavien gewesen, als er sein Werk vollendete, ebenso wie Turpin seine Memoiren in Holland unterbrachte. Ein Strategie wie Ludendorff kann einen so wichtigen Vorstoß nur ganz planmäßig unternehmen, und es ist ihm zuzutrauen, daß ihm diese letzte Offensive gegen das feindliche und neutrale Ausland glatt gelungen ist. Da noch und Hoig bisher geschwiegen haben, kam Ludendorffs im Stillen emsig vorbereiteter Vorstoß dem der Gegenseite überraschend. Als aber die dänischen, holländischen, englischen, französischen und japanischen Verleger sich von Memoirenschreibern umzingelt saßen und zu ihrer Bestärkung wahrnahmen, daß der Gegner sogar schon die fertigen Ueberlieferungen auffanden, ließ die Mähten die aufgeschreckten Feinde die Buch der Ludendorff'schen Länge und es blieb ihnen nichts übrig, als ihre Parlamentäre zu schicken und mit Ludendorff über die Bedingungen zur Uebergabe seines Manuskriptes zu verhandeln. Als die Delegierten der Engländer, Amerikaner und Japaner hörten, daß ihnen eine Entschädigung von 20 Millionen Mark aufgelegt werden solle, da wollten sie anfänglich die Verhandlungen abbrechen, da sie an dem Verhandlungsweisen der Gegenseite zweifelten. Doch Ludendorff nutzte die diplomatischen Verhandlungen mit den Dolmetschern der amtlichen Verleger selbst aus; ob er nach der West-Baltowater

Methode mit Hoffmann'schem Schwerischlag auf den Tisch gearbeitet hat oder ob er die langwierigeren Methoden der zivilen Diplomatie angewendet hat, ist noch nicht festzustellen. Jedenfalls haben die Verhandlungen mit einem der größten Siege geendet, den je ein Autor über eine kompakte Verlegermasse errungen hat, die Werte, die noch nicht genau gezählt werden konnte, dürfte über 20 Millionen Mark betragen. Auch steht noch nicht fest, ob die Werte in die deutsche Heimat transportiert wurde oder ob sie der Sicherheit halber vorläufig im neutralen Ausland deponiert blieb.

Dieser schöne, unzweifelhafte Sieg, mit dem Ludendorff seine militärische Laufbahn vorläufig beendet, beweist weiter, die große Ueberlegenheit des schlichten altpreussischen Geistes, den Ludendorff auf jeder Seite seines Werkes mit so bereiten Worten preist. Unser Volk war vor dem Weltkrieg vom Geiste des Amerikanismus bebrocht, der die Idee idealistischer Geschäftsmacherei drohte das in Gottvertrauen und Einfachheit großgewordene deutsche Wesen zu verflüchten, da brachte und der Krieg und seine schlichten Führer wieder die Erinnerung an die Einfachheit und Bedürfnislosigkeit unserer Vorfahren. Ludendorffs Werk knüpft an die Traditionen der Bismarck, Scharnhorst, Schadow, die leider keine Memoiren hinterlassen haben. Der schöne Satz „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen“ wird durch die englische, französische, japanische, italienische, rumänische, chinesische und sogar tschechische Ausgabe des Ludendorff'schen Werkes erst verwirklicht. Die Verträge mit den Verlegern der einzelnen Staaten sind rechtzeitig fertiggestellt worden. Deutschland selbst hat vor den feindlichen und neutralen Staaten seinen Vorrang zu bewahren gewußt, denn hier ist dank der Umsicht des Verfassers und des Verlegers Ludendorffs Werk auch in einer Zugausgabe, in Halbleder gebunden, auf Blütenpapier gedruckt, um 400 R. zu haben. Jeder, der noch Sinn für altpreussische Schlichtheit, wird nach Ludendorffs Werk in der Pracht Ausgabe greifen. Michael Rohlfass.

Schwarz-rot-gold im Sturmjahre.

An Wollf Bickler, den Tizoler Dichter, der seine Heimat in die deutsche Literatur eingeführt hat, erinnern wir uns in diesen Tagen, anfänglich seines 100. Geburtstages, mit schmerzlichem Gedächtnis die deutsche Literatur eingeführt hat, erinnern wir uns in diesen an Italien ausgeliefert. Bickler war ein wackerer 18er. In seinem autobiographischen Buch „Das Sturmjahr“ hat er ergreifend die Gefühle beschrieben, die ihn erfüllten, als zuerst die schwarz-rot-goldene Fahne vom Stephansdurm in die Porgenzucht wehte. Es war ihm und den gleichgesinnten Studenten wie ein Märchentraum. „Wir beschloßen sogleich unter Absingung des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland!“ auf den Stephansplatz zu ziehen. Der blaue Langhimmel strahlte auf und nieder, die Fahnen mochten und flatterten im Zuge, Glodengeläute lang uns entgegen. Mit

Einschwenken gegenüber Rumänien.

Die Verfügungen des Obersten Rates der Alliierten bezüglich Rumänien wurden auf eine Mitteilung der rumänischen Unterhändler in Paris, daß die rumänische Regierung die Noten des Obersten Rates nur aus Zeitungen kenne (1), gründlich abgemessen. In einer Zusammenkunft am Donnerstagmorgen nahmen die Vertreter der Großmächte Kenntnis von einer Note des Vorsitzenden der rumänischen Delegation, mit der er den Obersten Rat benachrichtigt, daß er Mittwochmittag ein Telegramm Bratiansu erhalten habe, in dem dieser erklärt, daß er bis zum 31. August keine der vom Obersten Rat an Rumänien gerichteten Noten erhalten habe, deren Inhalt er nur aus durch Funkpruch übermittelten Zeitungsausgaben kenne.

Bratiansu erklärte: Die rumänische Regierung ist davon überzeugt, daß sie der Sache der Alliierten einen außerordentlichen Dienst leistet, indem sie den Völkern in Ungarn niederkämpfte. Die Rumänen auflegten Bedingungen, die keine Rücksicht auf seine Opfer an Menschen und Material nehmen, haben zur Folge, daß die rumänische Regierung die Vorteile in Betracht ziehen muß, die sie hätte, wenn sie ihre Truppen hinter den Dnjeper zurückziehen und jegliche Verantwortung abweisen würde für den Zustand von Verwirrung, in den dieser Teil Europas durch die Mißbilligkeiten zwischen Reaktionen, Bolschewisten und Royalisten geraten würde.

Nach einer Neuermeldung wird der englische Abgesandte in Bukarest sowohl eine Abschrift der an ihrem Bestimmungsort nicht eingetroffenen Note als auch eine neue Note überreichen, die, obwohl sie der Form nach kein Ultimatum bedeutet, nichtsfertiger der rumänischen Regierung eine ernste Warnung erteilt.

Die Angabe, daß Rumänien die Noten der Alliierten nicht bekommen hat, klingt sehr unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist, daß die Entente es nicht auf einen Zwist mit Rumänien ankommen lassen will und Grund zur Milderung ihrer Forderungen sucht.

Semba über den Friedensvertrag.

Zu der Erörterung des Friedensvertrages nahm am Freitag Semba das Wort. Er sagte:

Er sei der Ansicht, daß die 14 Punkte Wilsons das ganze Ideal Frankreichs enthielten. Es sei genügend, aus Danzig einen Freihafen zu machen, um den Polen einen Zugang zum Meere zu geben, ohne Preußen entzweizuschneiden. Der Redner sagte, daß neben militärischen Garantien auch moralische Garantien notwendig seien. Frankreich müsse Deutschland daran hindern, auf die Alldeutschen zu hören. Er begrüßte unter dem Beifall der ganzen Kammer die Union der beiden großen Demokratien Frankreich und England. Er bedauerte, daß der Vertrag keine allgemeine Abrüstung fordere und fügte hinzu, daß sich alle Nationen — ob befreundete oder feindliche — vereinigen sollten, um die durch den Krieg entstandene Finanzkatastrophe wieder gutzumachen. Er forderte, daß ein Urteil über die Verantwortung am Kriege im Namen aller Völker gefällt werde. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Der Friedensvertrag im Senat.

Paris, 5. September. Im Friedensauschuss des Senats verlas der Generalberichterstatter Leon Bourgeois seinen Bericht über das Statut des Völkerbundes sowie über die finanziellen und die Wiedergutmachungsklauseln. Der Friedensauschuss wird vom Präsidenten des Senats verlangen, eine Sitzung am Montag anguberaumen, um den Gesetzentwurf betreffend die Ratifizierung entgegenzunehmen.

Der Termin für Oesterreich.

Korrbureau meldet: Der Oberste Rat hat die Frist für die Annahme oder Ablehnung des deutschösterreichischen Friedensvertrages um zwei Tage bis zum 9. d. Mts. verlängert.

Notizen.

Theater. In der Volkshaus wird Georg Kaisers Bühnenstück „Die Bürger von Calais“ die erste Erstaufführung dieser Spielzeit sein. — Im Lessing-Theater geht Montag, den 8. Sept., in Abänderung des Spielplanes, Anton Wildgans Tragödie „Liebe“ in Szene. — In der Kammertheater geht Montag, den 8. Sept., „Maria Magdalena“ neu einstudiert in Szene. Maria Heim spielt zum ersten Male die Maria. — Das Friedrich-Wilhelm-Radioteater eröffnet seine Winterpielzeit am Sonntag, den 8. September, mit der Operette „Beinende Erben“.

Ein Reichsbund für Volksbühnenspiele, der von den Delegierten des Verbandes der Privat-Theatervereine Deutschlands gegründet worden ist, soll am 1. Januar 1920 ins Leben treten. Er will die dramatischen Laienvereine bündeln.

Die Rückkehr des Generals Alaró. Die Teile des Generals Alaró der Brüder von Gog, die beim Einrücken der Deutschen vom Mar der St. Marx-Kirche in Gog verschunden waren, sind jetzt wieder an ihren Platz zurückgeführt. Und in nicht zu ferner Zeit dürften auch diejenigen Teile des almerländerischen Bundeswehres, die heute noch in Berliner Kaiser-Friedrich-Museum hängen, gemäß der Forderung der Belgier an ihren Platz zurückkehren müssen, wo sie seit Jahrzehnten durch Kopien ersetzt sind.

Erolische Privatdrucke sind die jüngste Gerungenheit spekulativen Verlogertums. In luxuriöser Ausstattung, zum Teil mit Originalgraphik, werden sie angeboten. Der „Privat“-Druck besteht einzig und allein in einer Nachschreibung der Preise. Wer sich an diesen Genüssen beteiligen will, muß hübsche Summen aufwenden (was für Erotomanen und exklusive Bücherwurmern natürlich ein neuer Reiz ist). Ein Verlag kündigt ganze Serien an, die den lebenden Namen „Der Venusbogen“ führen. Das einzelne Buch kostet nur 100 M. (Vorzugsdrucke 600 M.). Das Prospektbuch, das man sonst hoch gratis bekommt, wird mit 50 M. berechnet. Künstler und Autoren liefern Text und Bilder. Die Frage ist: sind diese Veranstaltungen von künstlerischem und sonstigen Wert. Wenn ja, warum werden sie zum Gegenstande solcher Spekulationen (materieller wie erotischer Art) gemacht? Ein anderer Verlag liefert ein Buch, dessen Gelder geradezu in erotischen Vorstellungen schmelzen, wenigstens ohne das Primat des Privatdrucks und zu erschütterndem Preise.

Der „Französische Friede“. „Ich möchte wissen“, schreibt Element Baule in „Journal“, „was in aller Welt die großen Reden sollen, die jetzt unsere Abgeordneten über den Friedensvertrag halten. Fragen: der Vertrag ist nicht vollkommen. Der vollkommene Vertrag müßte so aussehen: 1. Die Franzosen erhalten eine jährliche Rente von 2000 Fr. 2. Die Franzosen brauchen nicht mehr zu arbeiten. Sie verbringen ihre Zeit im Kino und haben hier unauflöslich dem Einmarsch der reicheren Truppen zu. 3. Deutschland, dessen Nähe ein wenig peinlich ist, wird ohne Waffen und Gebirg nach Namibien abtransportiert. 4. Jeder unserer Diplomaten, die nun einmal die einfachsten Sachen in Verwirrung bringen, diesen Friedensvertrag nicht abschließen. Und deshalb sind unsere Abgeordneten jetzt so redselig...“

Sowjet-Rußland an Persien.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“ aus Kopenhagen, 5. September. „Politiken“ meldet aus Sankt Petersburg:

Der bolschewistische Kommissar des Neujern Reichsminister übermittelte Persien eine Note, die besagt, daß die Ausräumung des Wolgamen zwischen England und der Regierung des Schahs nicht anerkannt. Gleichzeitig annulliert die Ausräumung alle früheren von Persien aus der Zeit der Zarenherrschaft geschlossenen Verträge. Die Ausräumung erklärt ferner das Kaspische Meer für neutral und überläßt die persischen Öfen, Wege, Eisenbahnen und Postanstalten, die früher England gehörten, dem persischen Volke.

Kiew von Denikin eingenommen.

Holländisch Neumbureau meldet aus London: Die Einnahme von Kiew durch die Truppen Denikins wird bestätigt. Der Fall der Stadt wurde zweifelslos durch die Zusammenwirkung Denikins mit Petlura erreicht. Gleichzeitig fand ein Angriff gegen die Bolschewisten nordöstlich von Charkow statt, der erfolgreich ausfiel. Ein zweiter Angriff erfolgte auf dem rechten Flügel von Woloskensk. Die Bedrohung Charkows durch die Bolschewisten ist dadurch beseitigt worden und der linke Flügel des Oeres Denikins wieder gesichert.

Der estnische Gewerkschaftskongress aufgelöst.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Kopenhagen, 6. September. Wie das hiesige estnische Pressebureau mitteilt, begann vor einigen Tagen in Reval der Kongress der estnischen Gewerkschaften. Mit Hilfe der Sozialrevolutionären glückte es den bolschewistischen Elementen, denselben zu sprengen, so daß die sozialistischen Abgeordneten dem Kongress unter Protest verließen. Da die Versammlung alle gegen die demokratische Regierungsform des Landes gerichteten kommunistischen Resolutionen annahm, wurde der Kongress von der Regierung aufgelöst und 102 Deputierte, alles Mitglieder der ungesegneten kommunistischen Partei, verhaftet und des Landes verwiesen. Sie wurden über die Grenze nach Sowjet-Rußland geführt. Kurz nach Eröffnung des Bergarbeiter-Kongresses wurde eine den estnischen Bolschewisten gehörende Geheimdruckerei aufgehoben.

Die Kämpfe der englischen Arbeiter.

Aus London wird gemeldet: In der Versammlung der Londoner Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter, der etwa 300 Vertreter beizwohnten, wurde Freitag vormittag über die Frage des Streiks beraten. Bekanntlich hat der Göttinger Rat dieser drei Verbände den Gedanken abgelehnt, aber die Bergarbeiter bleiben auf ihrer Forderung nach einem Streik bestehen. In der Beratung wurde vorgeschlagen, die Vorgesetzten öffentlich zu föhren. Der Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Ergebnis der Beratungen ist unsicher, da die Bergarbeiter, wie erwähnt, das direkte Verfahren verlangen, während die Transportarbeiter dagegen sind. Die Entscheidung muß daher von den Eisenbahnangestellten kommen, deren Ansichten geteilt sind.

Streik im Dubliner Hafen.

Aus Dublin kommen Nachrichten, daß durch einen Streik der Hafenarbeiter in Dublin eine ernste Lage hervorgerufen worden sei, da sich jetzt auch die Arbeiter der sechs großen Berke, die sich mit der Schifffahrt zwischen England und Irland befassen, dem Streik angeschlossen haben. Wenn nicht bald eine Lösung gefunden wird, muß der ganze Hafen von Dublin geschlossen werden. Auch die Transozeandampfer, die jetzt in Dublin liegen, werden wahrscheinlich nicht ausfahren können.

Auflösung der italienischen Kammer.

Bern, 5. September. Die „Secolo“ aus Rom erzählt, plant Ministerpräsident Ritti, die Kammer am 24. September aufzulösen. Bis zu diesem Tage müßte der Versailler Vertrag von der Kammer ratifiziert werden.

Um den Achtstundentag.

Passive Resistenz der römischen Postbeamten.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Rom, 5. September. Seit dem 4. September betätigen die Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten passive Resistenz, d. h. sie gehen wohl zur Arbeit, weigern sich jedoch, ihren Dienst zu tun. Die Neapler Postbeamten haben sich ihnen angeschlossen. Sie fordern den Achtstundentag statt der bisherigen zehnstündigen Dienstzeit.

Verbot sozialistischer Jugendtagungen.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bern, 5. September. Die Kantonsregierungen Zürich, Argau, Turgau, Zug haben die Abhaltung des für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Jugendtages verboten. Die Züricher Arbeiterschaft will versuchen, ihn trotzdem abzuhalten.

Generalaussperrung der Uhrenarbeiter.

Als Gegenmaßregel zum vieler Uhrenarbeiterstreik haben die Schweizer Uhrenfabrikanten die Generalaussperrung auf Montag beschlossen. Von ihr werden 25 000 Arbeiter betroffen.

Internationale Buchdruckerkonferenz.

Die internationale Buchdruckerkonferenz ist auf den 24. September nach Luzern einberufen. Der Schweizer Typographenbund hat die Vorbereitungsarbeiten zu ihr übernommen.

Gegen Wilson.

Holländisch Neumbureau meldet aus Washington: Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat die vier bekanntesten Einschränkungen des Völkerbundsplanes angenommen und das gesamte Abkommen dem Senat überwiesen. Der Bericht der Majorität wird am Montag, der der Minorität später veröffentlicht werden. Damit hat sich der Senatsauschuss in Gegensatz zu Wilson gestellt, der unveränderte Annahme des Friedensvertrages mit den Völkerbundsparagrafen verlangt.

Wenig Getreide aus Amerika.

Bern, 5. September. Nach der „Berseperanza“ sollen die Vereinigten Staaten dem internationalen Wirtschaftsrat mitgeteilt haben, daß die Getreideexporte nach Europa eingeschränkt werden müßten. Es könne nur die Hälfte der geplanten Menge, und zwar bereit zu Mehl verarbeitet, ausgeführt werden.

Der Eid auf die Verfassung. Die Bereidigung der Beamten in den Reichsgewaltverwaltungen ist bislang fast allgemein durchgeführt worden. In den meisten Stellen ist die Bereidigung bereits erfolgt. In den übrigen Stellen ist die Bereidigung noch im Gange. Die Bereidigung der Beamten in den Reichsgewaltverwaltungen ist bislang fast allgemein durchgeführt worden. In den meisten Stellen ist die Bereidigung bereits erfolgt. In den übrigen Stellen ist die Bereidigung noch im Gange.

Kommende Gesetze.

Das Reichsministerium des Innern hat seinen Wirkungskreis im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung außerordentlich erweitert. Folgende Gesetzesentwürfe sind, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, dort zurzeit in Bearbeitung:

1. Ein Reichsgesetz zum Vollzug des Art. 18. Abs. 3 über die Konkurrenz von Reichsgesetzen mit Landesgesetzen.
2. Das Reichsgesetz über den Staatsgerichtshof.
3. Der Entwurf des Reichs maßgebendes in Verbindung mit dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und über die Volkswahlmengen zur Bildung neuer Einzelstaaten.
4. Das Gesetz über das Reichsverwaltungsgericht, gemäß Art. 81.
5. Das Gesetz über die Diäten und die freie Fahrt der Abgeordneten, Art. 40.
6. Das Reichsbeamtengesetz.
7. Das Gesetz über das Recht der öffentlichen Beamten, die nicht Reichsbeamte sind.
8. Das Gesetz über das Einschreiten der bewaffneten Macht (im Einvernehmen mit dem Reichswehrministerium und Reichsjustizministerium).
9. Bestimmungen über die Reichs- und Staatsangehörigkeit.
10. Änderungen der bestehenden Verordnungen über die Freizügigkeit.
11. Das neue Reichsgesetz über das Auswanderungswesen.
12. Regelung der Lichtpolizei gemäß Art. 118 Abs. 2 durch Reichsgesetz oder Landesgesetz.
13. Ein Gesetz zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzlitteratur, sowie über den Jugendschutz bei öffentlichen Schaustellungen.
14. Reichs- oder landesgesetzliche Maßnahmen gegen die Verwahrlosung der Jugend.
15. Ein Gesetz über die Anmeldung öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel.
16. Das Gesetz über die Stellung des Religionsunterrichts in den Volksschulen.

Zur Bewältigung dieses großen Programms ist im Reichsministerium des Innern eine eigene Abteilung III für kulturpolitische Maßnahmen unter Leitung des Unterstaatssekretärs Schulz gebildet worden.

Mecklenburg voran!

Es ist keine Ironie, sondern Wahrheit. Durch die brandenburgische Reichswehrbrigade wurde vor kurzem der Major Lange gemahregelt, weil er in die Leitung des Republikanischen Führerbundes eingetreten war. Trotz öffentlicher Beschwerde ist von einer Wiedergutmachung dieses unerhöhten Mißgriffes bisher nichts zu hören gewesen. Jetzt ist Major Lange von der mecklenburgischen Regierung zum Leiter der gesamten Sicherheitspolizei des Freistaates berufen worden.

Mecklenburg gibt hier ein für Preußen beschämendes Beispiel. Aber damit ist der Fall Lange für uns nicht erledigt. Wir verlangen zu wissen, welche Schritte das Reichswehrministerium unternommen sind, daß derartige Maßnahmen sich nicht wiederholen und in welcher Weise die Urheber dieser Maßregelung für ihr Vorgehen zur Verantwortung gezogen worden sind. Diese Frage erscheint um so notwendiger, als auch in dem Fall der Maßregelung des gleichfalls dem Republikanischen Führerbund angehörenden Hauptmanns Escheidt bisher noch keine Remedur eingetreten ist. Hauptmann Escheidt mußte gehen, weil er sich offen als Republikaner bekannte, sein vorgefertigter Major aber, der es liebt, von der Regierung in den kräftigsten Schimpfausdrücken zu reden, ist nach wie vor auf seinem Posten.

Die deutsche Rheinpfalz.

Mannheim, 5. September. Die Pfalz-Zentrale meldet: Am 4. September fand in Frankenthal die erste große öffentliche politische Versammlung seit, zu der sämtliche Parteien eingeladen hatten und die einen gewaltigen Besuch zu verzeichnen hatte. Der mehrheitlich sozialistische Abgeordnete Pratz sprach scharf gegen die Lösungsbestrebungen der Oas und Genossen. Mißgünstig bedeutet diese erste gemischte politische Versammlung eine Wende der Franzosen von ihrer bisherigen Politik. Die Redner erheben damit: Gebt den Pfälzern Ruhe und Versammlungsfreiheit. Eine Resolution in diesem Sinne wurde von den Tausenden von Versammlungsteilnehmern einstimmig angenommen. Am Sonntag finden ebenfalls Versammlungen in Speyer und Neustadt an der Haardt statt, denen sich solche in Zweibrücken, Kaiserslautern, Firmasend und Landau anschließen werden.

Warnung!

Polnische Behörden haben aus den Beständen der Reichsbanknotenstelle 100 000 Reichsbanknoten zu 50 M. vom 20. Oktober 1918 widerrechtlich beschlagnahmt. Die Noten waren von der Reichsbank durch Anbruch des Dienststempels besonders kenntlich gemacht. Mit Rücksicht hierauf sind die sämtlichen Reichsbanknoten angeklagt worden, bei Vorkommen solcher Noten den Entlieferer festzustellen und den Betrag einweisen nicht auszusagen, sondern die Noten zur weiteren Entscheidung an das Reichsbankdirektorium in Berlin einzuliefern. Dem Publikum kann deshalb nur empfohlen werden, die Annahme derartiger, mit dem Dienststempel gekennzeichneten Noten zu verweigern.

Der Glaube an die Knechtsnatur.

Die reaktionäre „Post“ gibt mit Begeisterung Zitate aus den Kriegsbetrachtungen, die der frühere Generalquartiermeister und Kriegsminister v. Stein hat erscheinen lassen. Ein Zitat besonders gefällt ihr so gut, daß sie es als Abschluß an das Ende des Artikels setzt. Es lautet:

„Der Deutsche kommt nicht zur Ordnung und erst recht nicht zur Größe außer durch den Zwang einer überlegenen und zielbewußten Macht, die ihn bestimmt und führt und seine Eigenbrödelerei und Starrköpfigkeit zur Einheit zwingt.“

Dieser Satz zeigt, daß die Grundlage der alldutschen Politik immer noch der Glaube an die deutsche Knechtsnatur ist, ein Glaube, der allerdings seit dem 9. November 1918 den Herren verbannt sein sollte. Aber es ist das geistliche Wesen gewisser Herrscherfamilien, daß sie nicht lernen.

Neuseeland ratifiziert. „Allgemeines Handelsbuch“ zufolge hat Neuseeland als erstes britisches Dominion den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert.

Die Neuwahlen in Preußen. Eine Korrespondenz meldet, die Neuwahlen in Preußen sollen unter allen Umständen erst nach den Neuwahlen im Reich vorgenommen werden. Da die Verfassungsdebatten in der preussischen Landesversammlung den ganzen Winter dauern werden, ist an eine Verabschiedung der Verfassung erst im März zu rechnen, so daß frühestens nach Ostern Neuwahlen stattfinden könnten. Viel früher werden die neuen Grenzen Preußens in Ostpreußen, Ostpreußen und Schleswig-Holstein auch nicht festgelegt.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Organisationszertrümmerer.

Immer mehr dringt die Erkenntnis durch, daß das Hineintragen der politischen Streitigkeiten in die gewerkschaftlichen Organisationen deren Stützpunkt lähmt und letzten Endes zur Zersplitterung der Organisation führen muß. Anzeichen dafür machen sich jetzt schon in einigen Organisationen bemerkbar.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes veröffentlicht aus den oben skizzierten Gründen in der neuesten Nummer des „Grundstein“ einen Aufruf „Gegen die Untriebe in unserem Verband“, in dem er zunächst darauf hinweist, daß der Verband die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der Lebenslage seiner Mitglieder sich zum Ziel gesetzt habe. Der Verband war seinen Mitgliedern gegenüber neutral. Jedes politische oder religiöse Bekenntnis fand Raum, wenn nicht gegen die Statuten und die Beschlüsse der Verbandstage verstoßen wurde. Diese Stellung war notwendig, da sonst die Zusammenfassung der deutschen Bauarbeiter in einer Organisation unmöglich ist. Aber seit der politischen Zersplitterung in der politischen Arbeiterbewegung sei eine Aenderung eingetreten.

Dann heißt es in dem Aufruf:

„Schon vor unserem Verbandstage in Weimar haben Verbandsmitglieder, die sich für politisch radikal halten, ihre Absicht kundgegeben, Verbandskollegen wegen ihrer politischen Betätigung aus dem Verbande zu entfernen. Dem Verbandstage selbst lagen Anträge auf Ausschluß einiger der verdienstlichen Führer und Organisatoren der deutschen Bauarbeiter wegen ihrer politischen Haltung im Kriege oder wegen Unterstützung der bürgerlich-sozialistischen Regierung vor. Ferner Anträge auf Ausschluß jener Kollegen, die als Soldaten im Dienste dieser Regierung stehen.“

Der Verbandstag ist über diese Anträge mit großer Mehrheit ohne Diskussion zur Tagesordnung übergegangen. . . . Trotz dieser klaren Sachlage wird innerhalb des Verbandes fortgesetzt gegen den Verbandsvorstand gearbeitet und gegen die Beschlüsse des Verbandstages und des Gewerkschafts-Kongresses verstoßen. Radikale Agitatoren arbeiten auf einen Zusammenschluß der Opposition im Verbande und damit letzten Endes auf die Sprengung des Verbandes hin. Man schließt Mitglieder, die sich gegen den Verband nicht haben zuschließen können lassen, wegen ihrer politischen Betätigung aus dem Verbande aus und weigert sich, der Aufforderung des Verbandsvorstandes nachzukommen, derartige Beschlüsse wieder aufzuheben. Man macht reaktionäre Beschlüsse der Reichs-, Sicherheits- oder Einwohnerwehren auf den Arbeitstätten und schädigt damit den Verband, indem man ihn zwingt, den Gewahrgeldern die statutarische Unterstützung zu zahlen. Man beschließt Mißtrauensresolutionen gegen die vom Verbandstag mit Übergroßer Mehrheit eingeführte Verbandsleitung. Man droht ferner mit der Einstellung der Beitragszahlung, wenn der Verbandsvorstand nicht gegen Statut und Verbandstagsbeschlüsse handeln will, und ein Verein hat sogar schon den Rücktritt des Verbandsvorstandes gefordert, weil er in Nr. 81 des „Grundstein“ erklärt hat, daß er auf Grund der Beschlüsse des Verbandstages und des Gewerkschafts-Kongresses alle Kollegen aus dem Verbande ausschließen müsse, die Verbandsmitglieder wegen ihrer politischen Gesinnung oder Betätigung mehrregeln.

Der Verbandsvorstand kann diese gegen das Statut und die Verbandstagsbeschlüsse sowie gegen die Beschlüsse des Gewerkschafts-Kongresses verstoßenen und auf die Zerrüttung des Verbandes abzielenden Treibereien nicht länger dulden.

Er muß fordern, daß den Beschlüssen des Verbandstages und des Gewerkschafts-Kongresses Folge geleistet und daß das Verbandstatut als allgemein gültiges Gesetz des Verbandes anerkannt wird.

Wer das Statut nicht als rechtsverbindlich für sich anerkennt, wer gegen die Verbandstagsbeschlüsse verstoßt und auch einer Aufforderung des Verbandsvorstandes, die Verbandstagsbeschlüsse einzuhalten, nicht nachkommt, stellt sich außerhalb des Verbandes und hat jedes Recht an den Verband verloren, ganz gleich, ob es sich um ein einzelnes Mitglied, um Mitgliedergruppen oder um ganze Vereine handelt.

Im Falle sich ganze Vereine durch ihr Handeln außerhalb des Verbandes stellen, ist der Verbandsvorstand gezwungen, sie auszuschließen und diejenigen Mitglieder, die das Statut und die Verbandstagsbeschlüsse als rechtsverbindlich für sich anerkennen, in neuen Vereinen zusammenzufassen.“

In seinen weiteren Darlegungen betont der Verbandsvorstand, daß der Gewerkschafts-Kongress in Nürnberg das frühere enge Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gelöst und die völlige Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien erklärt hat, um ein friedliches Zusammenarbeiten der Anhänger aller politischen Richtungen in den Gewerkschaften zu ermöglichen. Unter diesen Grundregeln könnten die Anhänger aller politischen Richtungen leben, wenn sie sich von gewerkschaftlichen Grundregeln, nicht aber von parteipolitischen Leidenschaften leiten lassen.

Wir wollen mit dem Verbandsvorstand der Bauarbeiter — ähnlich liegen die Dinge in einer ganzen Reihe anderer Gewerkschaften — hoffen, daß der notwendig gewordene Schritt bei den Mitgliedern das nötige Verständnis findet. Wer auch nur einigermaßen mit den Grundregeln der gewerkschaftlichen Organisation vertraut ist, wird anerkennen müssen, daß zu einer fruchtbringenden Arbeit die freiwillige demokratische Unterordnung unter die gefassten Beschlüsse ist. Das wäre ein lässliches Geschenk der Revolution, wenn in der Zukunft das fressende Gift der inneren Zersplitterung die deutschen Arbeiterorganisationen heimsuchen würde; zum schweren Schaden der Arbeiter, zur innigen Freude des Unternehmertums!

8. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Nürnberg, 4. September 1919.

Am Nachmittag des dritten Verhandlungstages hielt Verbandsvorstand Herr Dörmann in Berlin sein Referat über: „Die arbeitsrechtliche Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gemeinde- und Staatsbetrieben“. Den Ausführungen des Redners liegt eine Entschließung zugrunde, in der in dem Abschluß von Tarifverträgen mit den öffentlichen Behörden ein geeignetes Mittel erblickt wird, um die einseitige, diktatorische Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber und seine Organe zu beenden und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zur Geltung zu bringen. Weiter billigt die Entschließung die abgeschlossenen Tarifverträge und fordert ihren Ausbau zu Reichstarifverträgen. In den einzelnen Orten werden Abschlüsse von Einheitsverträgen, die alle Betriebe der Gemeinde umfassen, gefordert.

In der Debatte erklärten sich die meisten Redner mit der Tarifpolitik einverstanden, auch damit, daß man einen einheitlichen Reichstarif anstrebe, nur dürfe dieser Reichstarif nicht die Grundgesetze bei den einzelnen größeren und fortschrittlicheren Gemeinden über den Haufen werfen. Ein anderer Redner wünschte bessere tarifliche Regelungen für die Staatsarbeiter. Die vorliegende Entschließung wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Der vierte Verhandlungstag begann mit einem Referat Dittmers über: „Die Sozialisierungsbestrebungen in Staat und Gemeinde“. Elektrizitäts-, Gas- und Lebensmittel sind neben den einzelnen Industriezweigen für die Sozialisierung reif. In sozialisierten Betrieben könne auch die Produktivität gesteigert werden, weshalb sei auch ein weitgehender Einfluß der Betriebsräte nötig. Diese Räte müßten aber unter dem Einfluß und der Kontrolle der Gewerkschaften stehen. Die richtige Schulung dieser Betriebsräte sei eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften. Die Einordnung in den Arbeitsprozeß, die Arbeitsdisziplin, Arbeitspflicht und höchste Arbeitsleistung seien mit die ersten Erfordernisse für die volkswirtschaftliche Entwicklung im Sinne des Sozialismus. Während der kapitalistische Betrieb das Prinzip hat, Reichtümer herauszuholen, müsse der sozialisierte Be-

trieb die Bedarfswirtschaft durchsetzen. Um der Sozialisierung die Wege zu ebnen, solle man weniger diskutieren, dafür mehr Taten und Willen zeigen und alle sozialistischen Kräfte sich für eine schnelle Sozialisierung einsetzen. Die Arbeiter eines sozialisierten Betriebs dienen der freien Volksgemeinschaft.

W e i g l - München bespricht den Bescheidener über die Betriebsräte und unterwirft denselben einer scharfen Kritik. Derselbe soll jetzt durch den Staatenausschuß noch weiter verschlechtert werden. Dagegen müsse sich die gesamte Arbeiterschaft ohne Unterschied der Richtungen in geschlossener Abwehr zusammenschließen. Redner warnt aber vor der politischen Radikalisierung der Räte, die ein so schlimmes Beispiel in München gegeben hätten. Die Diskussion wird vertagt.

Zum Streik im chemischen Großhandel.

Die Streikenden nahmen gestern Stellung zu den Ergebnissen der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß im Reichsministerium. Die Angestellten erklärten sich mit dem Ergebnis des Schiedspruchs einverstanden. Auch die Arbeiter stimmten den Vereinbarungen ihrer Gewerkschaftsleitung mit den Arbeitgebern und in den beiden fröhlich geklebten Punkten dem Ergebnis des Schiedspruchs zu. Gemeinsam wurde dann der Beschluß gefaßt, die Arbeit am Sonnabend früh wieder aufzunehmen, in der Voraussetzung, daß die Arbeitgeber auch den Schiedspruch für die Angestellten anerkennen. Gegen 8 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am Freitag, den 3. September, im „Königsplatz-Kaffeehaus“ versammelten Angestellten stellen sich auf den Boden des gefällten Schiedspruchs und erwarten von den Arbeitgebern die Anerkennung desselben. Sollte das nicht geschehen, dann erwarten die Angestellten die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs durch die Behörden. Unter dieser Voraussetzung erklären die streikenden Angestellten, die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Die Arbeiter und Angestellten erklären, daß sie bereit sind, sofort den Streik wieder aufzunehmen, wenn die Arbeitgeber den Schiedspruch für die Angestellten ablehnen sollten.“

Die Streikenden haben dankbar Kenntnis genommen von der Unterstützung, die ihnen seitens der am Streik nicht beteiligten Arbeiter und Angestellten in moralischer und materieller Hinsicht zuteil geworden ist. Es wird an die am Kampf nicht beteiligten Arbeitnehmer das Ersuchen gerichtet, in ihren Sammlungen beizutragen, da infolge der langen Streikdauer das Bedürfnis besteht, die Streikenden trotz der Wiederaufnahme der Arbeit weiterhin zu unterstützen und vor allen Dingen einen Kampffonds anzusammeln, um gerüstet zu sein, falls die Arbeitgeber dem Schiedspruch für die Angestellten nicht zustimmen. Die Streikenden sind fest entschlossen, den Kampf wieder aufleben zu lassen, falls die Arbeitgeber dem Verlangen der Streikenden nicht nachgeben. Soll also der Friede im chemischen Großhandel von Dauer sein, dann ist es an den Arbeitgebern, zu zeigen, daß auch sie Interesse am Frieden haben. Wir hoffen, daß die Arbeitgeber sich des Ernstes der Sachlage bewußt sind und es nicht zu einem neuen Konflikt kommen lassen werden, der zweifellos dann schärfere Formen annehmen müßte als der soeben abgeschlossene Kampf.

Die Streikleitung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Deutscher Transportarbeiterverband.

Musikstreik im Café Berlin.

Im Café Berlin streiken seit gestern die Musiker. Die Zeitung des Verbandes hatte mehrfach mit dem Inhaber, Herrn König, verhandelt, um ihn zur Anerkennung des mit dem Café-Bereich abgeschlossenen Tarifvertrages zu bewegen. Leider vergebens. Nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten nunmehr erschöpft sind, hat die Zeitung des Musiker-Verbandes die Musiker aus dem Betrieb herausgenommen und über das Lokal die Sperre verhängt.

Kocharbeiter! Montag, 8. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelplatz 15, Gesamtschweizermännerversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Reichstarif — Tischbrauerei. Dienstag, 9. September, abends 7 Uhr, Vertikumsversammlung bei Reding, Kopernikusstr. 23.

Deutscher Metallarbeiterverband. Montag, 8. September, abends 8 1/2 Uhr, Brandenburgerkammer der gesamten Eisenkonstruktionsbranche im Sophienpark, Weinmeisterstr. 16/17. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Verhandlungen. 2. Diskussion und Verschiedenes.

Veranst. für den reaktionären Teil: Alfred Scholz, Kaufmann für Anzeigen: Leopold Gluck, Berlin. Verlag: Bornhorts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Unterstr. 3. 61232 3 Seiten.

Bereits zum zweiten Male innerhalb weniger Wochen wurde kurz vor Eröffnung der

ständigen Ausstellung unserer Zahnpaste

Chlorodont

Friedrichstraße 185, Ecke Mohrenstraße gegenüber der Untergrundbahn

von ruchloser Hand, offenbar von Konkurrenzneid geleitet, eine der großen Spiegelscheiben unseres Ausstellungslokales zertrümmert. Für die Namhaftmachung der Täter und Urheber derart, daß deren gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, setzen wir

3000 Mark Belohnung

aus. Zweckdienliche Mitteilungen wolle man schriftlich oder mündlich an die Kriminalpolizei oder an unsere Adresse gelangen lassen.

Dresden-N. 6 Laboratorium Leo Berlin

Albert Thomas' Rede.

Die „Humanité“ vom 30. August bringt ziemlich ausführlich die Rede des Genossen Albert Thomas in der französischen Deputiertenkammer, in der er zum Friedensvertrag Stellung genommen hat.

Albert Thomas war lange Zeit Munitionsmister und vor und nach seiner Ministerkandidatur offiziell Mitglied der verschiedenen französischen Regierungen während des Krieges. Sein geschmeidiges Talent, sein ehelicher sozialistischer Wille ermöglichen ihm, seiner Partei auch in die Opposition zu folgen, in die sie durch die Gunst des Schicksals und den Willen des revolutionär gesinnten Teiles des französischen Proletariats gedrängt worden ist. Aber nur widerstrebend folgt er ihr und nur in der festen Absicht, sie wieder zur Regierungspolitik — zu einer Regierung mit den haltlosen Radikalen — zurückzuführen.

Es wäre uns deshalb nicht eingefallen, die Rede des Genossen Albert Thomas höher zu bewerten als die eines talentvollen, im übrigen sympathischen Redners einer schwachen Minderheit der sozialistischen Partei Frankreichs — wir sagen „Minderheit der Partei“ und nicht: der Parlamentsfraktion — wenn Rouanet, der nicht zur Parteilichkeit gehört, in seinem Bericht in der „Humanité“ diese Rede nicht besonders herausgehoben hätte. Nach Albert Thomas, sagt Rouanet, streikten alle eingezeichneten Redner; die bürgerlichen, weil sie nicht vor leeren Bänken sprechen wollten, die sozialistischen, weil Thomas ihre allgemeinen Gedankengänge ausgedrückt hat.

Die Formel der „allgemeinen Gedankengänge“ ist zwar vorsichtig, es liegt aber genug darin, um Albert Thomas gleichsam zum Generalredner der Fraktion zu stempeln. Und deshalb — und weil ja auch bisher kein Redner der französischen Parteilichheit das Wort ergriffen hat — müssen wir wohl die Rede Albert Thomas' einer besonderen Betrachtung unterziehen.

Zwei Dinge sind kritisch zu betrachten: die er gesagt hat und die er nicht gesagt hat.

Er hat das ungeheure deutsch-französische Problem, das auf die politische Entwicklung Europas seit 1789 wie ein Alpdrücken lastet, kaum mit einem Worte gestreift. Oder glaubt Albert Thomas, daß der Frieden von Versailles dieses Problem löst? Dieses Problem ist, in wenigen Worten zusammengefaßt, folgendes: Frankreich und Deutschland können einander nicht ignorieren. Als Nachbarländer können sie nur in Freundschaft oder in Feindschaft miteinander leben. Geographisch, wirtschaftlich und kulturell ergänzen Deutschland und Frankreich einander, sind aufeinander angewiesen. Die Geschichte aber — 1792, 1806, 1814, 1871, 1914 — hat Abgründe aufgerissen zwischen Frankreich und Deutschland. Der Vertrag von Versailles hat einen wahren Alpenwall aufgeworfen.

Albert Thomas hat auch mit keinem Wort das elsass-lothringische Problem gestreift. Die Elsässer sind französisch empfindende Deutsche. Sie sind die berufenen Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland. Der Vertrag von Versailles — und mehr noch die Politik, die ihm vorangegangen und gefolgt ist — versucht Elsass-Lothringen zum Sturmbod gegen Deutschland zu benützen. Genau wie nach 1871 der gegenseitige Versuch gemacht worden ist. Albert Thomas sagt mit keinem Wort, daß er diese Politik nicht mitmacht, sie als verhängnisvoll betrachtet.

Kein Wort widmet Albert Thomas der gewalttätigen Losrennung großer Gebiete von Deutschland ohne vorherige Befragung der Bevölkerung, kein Wort der Politik des Saargebietes.

Ja, er scheint die „materiellen Garantien“ des Vertrages noch für ungenügend zu betrachten. „Welches sind die Garantien, vom materiellen Standpunkt, gegen eine Wiederkehr eines deutschen Angriffs?“ — fragt Thomas. Und den reaktionären Abgeordneten Benoist zitternd, sagt er mit diesem, daß Koblenz, Köln, Mainz als interfederales Festungen des Völkerverbundes „in den Augen Deutschlands vielleicht das Recht der Macht hätten vorstellen können“. „Ich frage nicht“, fügt Albert Thomas hinzu, „ob das nicht die Lösung war, die von den Verbündeten (Frankreich) hätten akzeptiert werden können? Hätte die Neutralisierung, unter der Autorität des Völkerverbundes, nicht die Lösung sein können?“

Diese Idee, die selbst Barrès aufgegeben hat, der vor Thomas sprach, wird heute nur noch von Hervé vertreten. Mit dem „Recht“, geschweige denn mit der sozialistischen Auffassung vom Frieden, steht sie im schärfsten Widerspruch.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß Thomas mit Barrès für eine „lateinische und selbst germanische Propaganda am Rhein“ ist. Vorausgesetzt, sie führt zu keiner Annexion. Eine Art „treiblicher Durchdringung“.

Thomas unterstreicht die Gefahr, die darin besteht, den gestürzten Feind, Wilhelm von Hohenzollern, vor ein Tribunal der Entente zu bringen. Das könne zu einem „Aufbäumen der Eigenliebe und zu einer Revanchepolitik führen“. Aber er hofft, das Gericht werde diese Klippe umschiffen. Ein billiger Trost.

Schließlich wendet sich Albert Thomas gegen die Bündnispolitik und für eine Politik des Völkerverbundes, in dem auch Deutschland vertreten sein müsse. Sehr schön. In unserem Bedauern müssen wir jedoch sagen, daß diese Schlussfolgerung im Widerspruch steht zu den Voraussetzungen, die Albert Thomas in seiner Rede aufgestellt hat.

Schieber überall.

Gegen Ende der Steuerdebatten in Weimar hat Genosse Reil einmal darauf aufmerksam gemacht, daß auch unter den neuen Verhältnissen alte Unsitte beliebt werden, so z. B. das bekannte Verhökern von Regierungsvorlagen an Zeitungen, die mit den in Betracht kommenden Referenten und Deputierten in den Ministerien gut Freund zu sein verstehen. Reil wies insbesondere darauf hin, daß es der „Deutschen Tageszeitung“ möglich gewesen ist, den Gesetzentwurf über die Offiziersabfindung zu erlangen und in eingehenden Darlegungen kritisch zu würdigen, bevor er in den Händen der Parlamentsmitglieder war!

Mit Bezug auf eine andere sehr merkwürdige Schiebung habe ich am 20. August d. J. an die Reichsregierung folgende bisher unbeantwortete „kleine Anfrage“ gerichtet:

Am 1. August 1919 ist die Abteilung „Fremde Presse“ (Leiter: Major Hesse) des Kriegspresseamts aufgelöst worden.

In dieser Abteilung ist im Verlauf des Krieges überaus wertvolles und reiches Zeitungsmaterial aus der internationalen Presse sehr geschickt gesammelt und geordnet worden.

Dieses Material soll — so wird behauptet — nunmehr an einen Privatunternehmer vergeben werden.

Entspricht diese Behauptung den Tatsachen? Will die Reichsregierung, wenn dies der Fall ist, Maßnahmen treffen, das wertvolle Material aus dem Kriegspresseamt in den Besitz einer öffentlichen Forschungsanstalt zu überführen? Ich bitte um schriftliche Beiseid.

Da das Material, um das es sich hier handelt, für den Untersuchungsausschuß zur Feststellung der Schuld am Kriege, der Schuld an dessen Verlängerung und Vertiefung von ganz besonderer Bedeutung ist, so brachte ich die Angelegenheit in diesem Ausschuß zur Sprache, und das Verhalten der verantwortlichen Amtsstellen erregte Aufsehen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Petersen aus Hamburg, versprach, sich um die Sache zu kümmern, und ich hoffe, daß er es inzwischen auch getan hat.

Gehört habe ich davon einstweilen noch nichts, ebenso wenig eine Antwort von der Reichsregierung erhalten. Dagegen bekam ich am 3. September von der Geschäftsleitung der G. M. b. H. „Die Fremde Presse“ (Berlin NW 6, Luisenstr. 81) einen Brief folgenden Inhalts:

„Uns liegt Ihre Anfrage Nr. 388 vom 20. August d. J. an die Reichsregierung (Nr. 889 der Drucksachen der Nationalversammlung) vor. Wir erwidern Ihnen darauf ergebend folgendes:

„Am 1. August 1919 war der Leiter der Abteilung Fremde Presse ein Major Paschen. Die Abteilung Fremde Presse“ unterstand dem Auswärtigen Amt. Das Material dieser Abteilung, das im Laufe des Krieges sehr geschickt gesammelt und geordnet worden ist, ist nicht an einen Privatunternehmer übergeben worden, vielmehr hat das Auswärtige Amt das gesamte Material beschlagnahmt.

„Die Fremde Presse G. M. b. H.“ hat lediglich die Organisation, die Mitarbeiter und die objektive Berichterstattung übernommen. Da wir es im Interesse der politischen Erziehung unseres Volkes und des wirtschaftlichen Nachrichtenendienstes für außerordentlich bedauerlich gehalten haben,

daß die Regierung in ihrer Kurzsichtigkeit die Abteilung hat eingehen lassen, haben wir uns entschlossen, den gesamten Betrieb in derselben Weise wie bisher fortzusetzen. Das Zeitungsmaterial müssen wir uns selbst erst mühselig neu beschaffen, da, wie gesagt, das Auswärtige Amt das bisherige Material beschlagnahmt hat. Da unser Unternehmen zweifellos im Interesse unseres Landes liegt, wäre ein größeres Entgegenkommen der Regierung keineswegs falsch.

Wir empfehlen uns. . . .

Der Brief muß wohl bis auf weiteres als „Ersatz“ für die noch ausstehende Regierungskantwort angesehen werden. Die Herren von der G. M. b. H. „Fremde Presse“ haben außer den Mitarbeitern und der objektiven Berichterstattung also „lediglich“ die behördliche Organisation „übernommen“. Was alles in diesem Falle unter „Organisation“ zu verstehen ist, darüber schweigt sich die „Fremde Presse“ aus, so daß man erst recht hoffen muß, die „kurzsichtige“ Regierung möchte ihrerseits alsbald mit der vollen Wahrheit herausrücken, nicht bloß mit der halben, die uns hier vorgelegt ist.

Welchen Umfang das Schieberwesen allmählich annimmt, mit welcher Dreifigkeit es nachgerade auftritt und wie es sich zum Teil sogar amtlicher Begünstigung zu verschleiern verheißt, muß das geht aus folgender Mitteilung hervor, die aus vollkommen zuverlässiger und unmittelbar weitergeleiteter Quelle stammt:

Aufs Reichsverwertungsamt (dem Reichsfinanzministerium unterstellt) begibt sich ein höherer Beamter, um in seiner amtlichen Eigenschaft Rohstoffe für bestimmte Organisationen zu beschaffen. Antwort: Es ist nichts zu haben!

Zwei Tage darauf erhält der Beamte den Besuch eines Privatmanns, der ihm beliebige Mengen genau derjenigen Rohstoffe zum Kauf anbietet, die jener auf dem regelrechten Wege über das Reichsverwertungsamt nicht hat bekommen können!!!

Es erhebt sich die Frage: Wer war in der Lage, den betreffenden „Privatmann“ mit so zutreffender Information zu dienen, wenn nicht ein Beamter des Reichsverwertungsamts?

Ferner: Welches Interesse hat dieses Amt an der Vermittlung derartiger Schiebergeschäfte, und in wievielen Fällen, die ähnlich liegen wie der oben geschilderte, mögen die Schieber in gleicher Weise ihre Wink aus dem Reichsverwertungsamt bezogen haben und weiter beziehen, wenn nicht endlich einmal mit starker Faust zugegriffen und ausgeräumt wird, was eigentlich längst hätte ausgeräumt werden müssen?

Georg Dabidsohn.

Der Münchener Geiselmord vor Gericht.

Es wird der Zeuge Oberleutnant Baron Roser aus Rürnberg vernommen. Er erzählt über seine

Ereignisse im Geiselmord.

Er wurde verhaftet unter der Beschuldigung, an einem Komplott der Konterterroristen teilzunehmen. Seidl habe ihn bei der Vorführung in wenig schöner Weise empfangen und als Roser erkläre, er sei Offizier, sei Seidl in noch größerer Wut geraten. Auf die Drohung des Zeugen, er werde sich beim Repolutionstribunal beschweren, erklärte Seidl:

„Auf das Repolutionstribunal . . . ich.“

In dem Keller saß ich etwa 10 Leute, darunter den Kommunisten Wiedemann und den Arbeitererrat Jung. Wiedemann erklärte mir entrüstet, er wolle mit dem Kommunismus nichts mehr zu tun haben. Es sei ja geradezu haarsträubend, was man alles hier erlebe. Der Zeuge erwähnt dann auch die Schlüsselgeschichte, die infolge der Verurteilung Seidls Hofers um ein Haar sämtlichen Geiseln, nicht bloß den Ermordeten, das Leben gespart hätte. In der Nacht vom 28. zum 29. sah der Zeuge ebenfalls Lebin, Lebiné-Riffen, Agelrod und Seidl-Hofers in den Keller kommen. Seidl-Hofers leuchtete den Opfern ins Gesicht, an deren Quälen sich die Russen geradezu weiden. Seidl-Hofers sagte: „Zu essen gibt's nichts mehr; es hat doch keinen Zweck.“ Dem Zeugen traten die Tränen in die Augen, während er diese Einzelheiten erzählt. Er gibt dann weiter an, daß auch seine Kontoristin sich im Gymnasium nach seinem Verbleiben erkundigen und ihm etwas zu essen bringen wollte. Dabei sei sie von Seidl „dreißiges Frauenzimmer“ geschimpft worden. Als sie aufbegehre und sagte, er könne doch auch ruhiger mit ihr reden, schlug er sie mit ein paar Oberkeulen zu Boden, so daß sie die Bewußtlosigkeit verlor.

Es kommt zu einem interessanten Zwischenfall.

Der Zeuge Baron Roser behauptet nämlich, daß draußen im Jugendzimmer auch der Arbeitererrat Jung sich befände und ihm sowie dem Vorzeugen, Oberleutnant Truh, zugeflüstert habe: „Seien Sie vorsichtig in Ihren Aussagen, Ihr habt ja richtig Dusek gehabt, daß Ihr nicht auch erschossen worden seid. Verbient habt Ihr es mit. Ich will Euch aber aufmerksamer machen, daß Ihr allen Anlaß habt zu schweigen. Es können doch auch wieder andere Zeiten kommen.“ (Große Bewegung im Saal.) Die Rechtsanwältin Liebnecht und Lauter erheben sich darauf und erklären, daß ihnen bereits von diesem Vorgang Kenntnis geworden sei. Es werde jedoch behauptet, daß die beiden Oberleutnants den Jung zuerst durch die wiederholte Erklärung gereizt hätten, daß Seidl und Genossen unbedingt erschossen werden müßten. Diese Äußerung sei von verschiedenen Zeugen auf dem Korridor gehört worden. Rechtsanwältin Liebnecht bemerkt außerdem, daß beide Oberleutnants späterhin auch von den Regierungstruppen als Geiseln festgenommen worden seien, und daß es da auch, nach ihren eigenen Erklärungen, nicht immer mit rechten Dingen zugegangen sei. So habe Oberleutnant Truh auf eine Denunziation der württembergischen Truppen hin auf dem Städtischen Viehhof mit anderen Männern und Frauen zusammen auf dem Mist schlafen müssen. Baron Roser sei dem württembergischen Regiment irrtümlich als angeklagter Adjutant Falshofers bezeichnet worden. Die Truppen haben daraufhin ganz offen davon gesprochen, daß sie ihn bei seiner Abführung menschenwürdig niederknallen würden. Die beiden Zeugen hätten es deshalb nur dem Entgegenkommen ihrer Münchener Kameraden zu verdanken gehabt, daß sie in der fraglichen Nacht zurückgehalten wurden. Rechtsanwältin Liebnecht wünscht im Anschluß daran, von den Zeugen zu wissen, ob der Prinz zu Thurn und Taxis sich nicht doch politisch betätigt habe, was aber von beiden Zeugen verneint wird. Der nächste Zeuge, Unteroffizier der Reichswehr Pantzler, hat zunächst der Republikanischen Schutztruppe, späterhin dem Spartakusbund gedient. Als er sich aus dem Gymnasium verabschieden wollte und seine Pässe verlangte, erklärte ihm Seidl: „Wenn Sie sich entfernen, lasse ich Sie erschließen.“ Seidl erklärte auch einmal:

„Für jeden Mann, der bei uns durch Reichswehrtruppen verwundet wird, gehören 10 Mann was.“

Erschießen war überhaupt das dritte Wort bei Seidl. Eine disziplinierte Horde, als die im Luisenpark-Gymnasium, hat der Zeuge niemals kennen gelernt. Er hält Seidl für den alleinigen Kommandanten. Im Fall Stanzoni war ein Schneider, der mit

der Frau des Rechtsanwalts Stanzoni eine Differenz wegen einer Kleideranfertigung hatte, an Seidl mit der Behauptung heranzutreten, der Rechtsanwalt und seine Frau korrespondierten mit Wilhelm II. Darauf war wenige Minuten später der Hofbefehl für das Ehepaar und das dreijährige Kind ausgefertigt. Die Zeugin Leininger bestätigt, daß Oberleutnant Roser mit „Hund“ und „Lump“ angeschrien, sie selbst „Weißbrot“ usw. tituliert und von Seidl niedergeschlagen wurde, als sie sich einen anderen Ton aussah.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird Rechtsrat Dr. Konrad, der Leiter des Städtischen Arbeitsnachweises zu München, vernommen. Auch er war infolge einer Denunziation als Geisel verhaftet und in das Gymnasium gebracht worden. Er erzählt: Unter den Soldaten und Führern im Gymnasium bestand die Ansicht, das Gebäude gegenüber den gegen München ziehenden preussischen Truppen bis auf's Äußerste zu verteidigen. Es gingen allerlei unkontrollierbare Gerüchte herum. Man erzählte der Besatzung wahrheitswidrig u. a., daß eine Anzahl der Roten Garde bei Dachau niedergemetelt worden sei. Ferner hätten die Württemberg und Preußen einen alten Kamm von 12 Jahren an einem Baum gebunden, mißhandelt und erschossen.

Auf jeden Rotgardisten seien 30 Mark, auf jeden Führer 50 Mark Prämie ausgesetzt worden.

Diese Nachricht wurde von den Rotgardisten mit großer Wut aufgenommen und steigerte die Erregung auf das Äußerste. Der seelische Zustand der Rotgardisten kam am stärksten zum Ausdruck in einem kleinen sächsischen Menschen, der nicht mit auf der Anklagebank sitzt, und der von einer wahren Tollwut befallen wurde. Er ging nachts in die Zelle, in der die beiden Dufaren schliefen, schrie sie mit „Koselbunde“ und „Blutbunde“ an, riß sie hoch und traktierte sie mit Fußtritten, Schlägen ins Gesicht und beständigen Schimpfworten. Andere Rotgardisten kamen hinzu und mißhandelten sie gleichfalls aufs Schmerzliche. Die beiden Leute waren schon ganz kraftlos. Sie wurden als

„Sauspreußen, Hunde und Schweine“

bezeichnet; ohne den Schatten eines Beweises wurden sie beschuldigt, an der Ermordung Liebnechts und der Luxemburger teilgenommen zu haben. Dann wurden die zwei auf den Hof hintergesteckt. Unmittelbar darauf fiel ein Schuß und gleich danach 6 oder 7 hinterher. Nach dem ersten Schuß fiel der jüngere Soldat um. Die anderen trafen alle beide. Es war ein schrecklicher Anblick. Ein Rotgardist, der an mir vorüberging, sagte ganz frohlich: „Der ältere scheint etwas Angst gehabt zu haben, denn sein Gesicht sieht ganz rot aus.“ Wir wurden dann wieder zurückgeführt und allmählich beruhigte sich die Menge. Wir bekamen sogar Bier zu trinken und einzelne Soldaten liehen sich mit uns in Verhandlungen ein. Inzwischen war für ganz München der Generalsirenen erklärt worden, und da ich am Tage zuvor einen Erlaß herausgegeben hatte, daß ich vor einer Schließung der städtischen Bureaus erst gefragt werden müsse, so hatte man bei mir zu Hause angefragt und erst so erfahren, daß ich überhaupt nicht daheim war. Die städtischen Arbeiter traten daraufhin zusammen, nahmen Partei für mich und erreichten, daß ich am anderen Mittag freigelassen wurde. — Der frühere Münchener Arbeiterratsvorsitzende und jetzige Kommissar Jung in Frankfurt a. M. bekundet, daß er am 27. April ebenfalls in den Geiselmord kam. Er wurde auf Verfehl Falshofers verhaftet. Im Gymnasium herrschte ein ewiges Kommen und Gehen. Als in der Nacht Lebin, Agelrod, Lebiné-Riffen und Seidl im Keller erschienen, nahm der Zeuge das Wort, um die Klagen der Gefangenen über diese unwürdige Behandlung vorzubringen. Es wurde ihm jedoch vorgehalten, daß Erschießungen von Rotgardisten in Starnberg und Dachau vorgekommen seien und daß die Geiseln deshalb daran glauben müßten. Am nächsten Vormittag ging der Zeuge in die Kantine, um sich Zigarren zu kaufen, und hatte das Glück, daß gerade während dieser Zeit die Liste der zu erschließenden Geiseln angefertigt wurde, in welche er auf diese Weise nicht mit hineinkam. Als er zurückkam, sah er gerade, wie die ersten drei Geiseln auf den Hof geführt wurden. „Wir hatten alle“, so erklärt der Zeuge mit bewegter Stimme, „den Eindruck, daß sie unbedingt dem Tod geweiht waren, da sich die meisten der Rotgardisten direkt auf die Erschießung freuten. Allerdings gab es auf der Treppe Meinungsdifferenzen zwischen den Soldaten, ob die Erschießung vorzunehmen sei oder nicht. Aber da Griff Däummann ein und erste die Däummann sofort durch andere Soldaten. Während der Erschießung

Der Zeuge war der Zeuge nicht dabei. Um 11 1/2 Uhr nachts kamen plötzlich Notgarbisten zu den überlebenden Geiseln herein...
Automobil mit einem Maschinengewehr, von Weisgarbisten besetzt.
Der Zeuge suchte sich deshalb hinter einem Pfeiler zu verstecken, wurde von den letzteren angehalten und nach Erklärung des Sachverhalts wieder freigegeben.

Zeugenbeeinflussung Jung
zur Sprache. Jung erklärt demgegenüber, daß er keinerlei Beeinflussung versucht habe, er sei aber Sozialist und es hätten damals unglückliche Verhältnisse geherrscht, die von der Weisheitssozialdemokratie nicht geändert werden konnten, weil kommunistische, sozialistische und russische Einflüsse mächtig waren.

Briefkasten der Redaktion.
Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen tragen man in der Druckerei Sprechstunde, Lindenstr. 2, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

W. R. 73. Fragen Sie beim Bergarbeiterverband an: Bogum, Wismarstr. 38/40. — **Vort. Vernburg.** Von Freiligrath — **Emil Hoffmann, Charlottenburg.** Auswandererzentrale, Berlin, Am Stadtbah 10. — **W. R. 12.** Der in der Police genannte Betrag ist maßgebend. — **G. R. 30.** Die Kündigung der Unterhaltungsprämie ist zulässig. — **W. R. 74.** Das Mietverhältnis kann die Kette betreffen. — **G. R. 19.** 1. bis 3. Falls die Kette bedingt ist, können die Beträge ganz oder zum Teil zur Deckung des Unterhalts des Kindes verwendet werden. — **W. R. 1000.** 1. Ja; fordern Sie abermals unter Bezug einer Schrift die Instandhaltung. 2. Circa 20 M. 3. In der ersten Anzahlung etwa 75 M. — **W. R. 31.** 1. Wahrscheinlich ist die ärztliche Ansicht über den Grad der Erwerbsminderung, nicht die Höhe des jetzigen Verdienstes. 2. Werden Sie sich an Ihr Bezirkskommando. — **W. R. 1.** Begrenzt der beiden Kinder haben Sie Anspruch auf Ermäßigung um eine Stufe. — **W. R. 46.** Ja,

wenden Sie sich an die Handwerkerkammer, Teltower Straße. — **W. R. 2.** Die Rechtslage ist für den Handwerker ungünstig, weil er, ohne rechtlich dazu verpflichtet zu sein, nach seiner Rückkehr die Versicherungen fortsetzen muß. — **W. R. 30.** Sofern nicht länger als 30 Jahre nach dem Tode vererbt werden können Sie jetzt noch Auseinanderlegung bezüglich des Bruttoteiles fordern. — **W. R. 16.** Die nächsten Verwandten des verstorbenen Mannes sind ebenfalls erbberechtigt. — **W. R. 13.** Der von Ihnen angegebene Grund berechtigt nicht zur Steuerreklamation. Die fragliche Rente finden Sie im 'Vermögens' vom 16. August d. J. in der Borgenansgabe. 1. Beilage unter 'Groß-Berlin'. — **Witwe 28.** Vollr. 5. — **W. R. 57.** Der von Ihnen angegebene Grund ist im Gesetz nicht vorgesehen, um die Entlassung bzw. die Kündigung außer Kraft zu setzen. — **W. R. 100.** 1. Nur dann, wenn der Gehälter der Veranlagung zur Einkommensteuer entspricht. Prüfen Sie dies an der Hand Ihrer Veranlagung für das Steuerjahr 1918 nach. Die Veranlagung darf sich aber nur auf 1. Jahr erstrecken. 2. Nein. Gälten Sie kein weiteres Einkommen, so bestand ein Anspruch auf Steuererlass für das Steuerjahr 1918. Kommen Sie mit Ihren Steuerpapieren in die Sprechstunde. — **W. R. 87.** 1. Ja, mit dem 30. September d. J. 2. Ja, falls der Verein als gemeinnützige Unternehmung zur Förderung des Bürgervereins von der Verwaltungsbeförderung anerkannt ist. Die Höhe wird dann von der Verwaltungsbeförderung festgelegt. — **Witwen 75.** 1. Nein. 2. Beschwerde beim Landratsamt. — **W. R. 8.** Stellen Sie die Klage zur Verfügung und verlangen Sie Vorfahrung von mangelhafter Ware oder Rückzahlung des Kaufpreises. — **Recht 12.** Falls die Schwester unverheiratet und ohne Hinterlassung von Kindern verstorben ist, haben die Eltern allein Anspruch auf den Nachlaß. — **W. R. Sawol.**

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Warm und überwiegen heiter bei meist schwachen, vorwiegend südlichen Winden. Vereinzelt Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Sozialdem. Wahlverein Niederlehme.
Am Donnerstag verfährt nach kurzen schwerem Wetten unsere langjährige Parteileitung
Th. Paschke
im Alter von 88 Jahren. Seine letzten Wünsche sind am Sonntagmittag um 4 Uhr von der Leichenhalle aus erfüllt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

100
Einen Posten
Küchen
7teilig, prima lackiert, von M. 375.— an. Gedieg. Verarbeitung.
Stolzmann,
Belle-Alliancestraße 100
Auf Wunsch: Zahlungsvereinfachung.

100
in großer Auswahl, elegante, erstklassige Pianos günstige Kaufgelegenheit
Max Becker
Pianohaus Osten
Andreasstr. 47 I.

100
ohne Anzahlung
Möbel
bestimmen Sie nirgends
Barthel
Zoostraße 54.
Kriegsbeschädigte und aus Gefangenschaft heimgekehrte erhalten Rabatt.

100
Raucherstreik!
ermöglicht, wenig Tage d. Rauchen zu lassen. Amst. begutachtet, verstoffend wirkend, lügl. Dankesch. Ausk. ums. Institut Engländer München R. 4, Kapuzinerstr. 9.

100
Kupferdrähte
Metalle
Kabeln und Litzen für Auslandsbedarf kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrich-Str. 34 Amt Platzburg 4899.

100
!!! Geld !!!
für jede Verzögerung. Dörfle Anlagespreise für Pfandbriefe, Beilagen, Geldgegenstände. Zeitliche, Bücher um. Wollf, Friedrichstr. 41 III, Ecke Radtke.

100
Leder-Möbel-Fabrik
vorkauft direkt ohne Zwischenhandel Klubsessel und Leder-Sofas in pr. garant. echt Leder zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungswegler Berlin SO 26 Oraniensstr. 25.

100
Zahn-Praxis Jander
Künstl. Zähne
Schöneberg, Apostel-Paulusstr. 7 neb. d. Polizeipr. Umarbeitung, Reparaturen, 9 Goldkronen, Brück., billige Schönendste Behandl. Angst. nervöser Patienten.

100
Wilh. Zunker
Culmstr. 21
das bekannte Tuchgeschäft ist wieder geöffnet.

100
in großer Auswahl und guter Ausführung auf
Bar oder Kredit.
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141, Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr. Kr. ersant. u. Spezial. nehme in Zahlung

100
Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüre (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 1/2 12-2 mittags, 1/2 6 bis 1/2 10 Uhr abends, Sonntags 1/2 11-1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

100
Spezial-Arzt
Harn- u. Blutuntersuchungen. Elektr. u. mediz. Bäder. nur Rosenthaler Str. 69-70, 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1.

100
Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10-11, 5-8, Sonnt. 10-11.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof. — Teilzahlung —
Freibriefstraße.

100
Direkt ab meiner Fabrik.
Da Aluminium enorm gestiegen ist, gebe ich nur noch bis zum 15. September diese
vier Rein-Aluminium-Kochtöpfe
Inhalt 4 3 2 1 1/2 Liter mit Deckel (eigenes Fabrikat) zu M. 55,00 gegen Nachnahme. (Bedingung ist, bei Bestellung dieses Inserat mit einzusenden.)
Aluminium-Prägewerk Seuthe in Holthausen bei Plettenberg.

100
Friedenau, Schillerplatz
habe ich ein mit allem Komfort versehenes Grundstück mit 4- und 6-Zimmer-Wohnungen in Wöhrer Straße für 210 000 M. zu verkaufen. Rückkauf erteilt
Julius M. Bier
Leipziger Straße 26, Zentrum 12258.

100
Wilmersdorf.
In einer lebhaften Querstraße des Kurfürstendammes nahe Untergrundbahn habe ich ein sehr schönes, mit allem Komfort versehenes Wohnhaus ohne Hinterhaus zu verkaufen. Das Grundstück enthält Wohnungen von 4, 6 und 8 Zimmern, von denen eine elegant ausgestattete 6-Zimmer-Wohnung zum 1. 4. 20 ent. früher dort ein Café besaßen werden kann. Voll. Ausbruch von Wägen im Hofraum bereits vorgesehen. Preis 410 000 M.
Julius M. Bier
Leipziger Straße 26, Zentrum 12253.

100
Lichterfelde-West
kleines hübsches Grundstück mit 2- und 4-Zimmer-Wohnungen zum bill. Preis von 115 000 M. zu verkaufen. Hier u. Obstgarten ist vorhanden. Rückkauf erteilt
Julius M. Bier
Leipziger Straße 26, Zentrum 12253.

100
Rentables Wohnhaus
Nahe Ringbahn, Hohenpolderdamm habe ich ein sehr schönes, mit allem Komfort versehenes Wohnhaus mit billiger vermieteten 2- bis 5-Zimmer-Wohnungen in fast 10jähriger Miete zum Preise von 360 000 M. zu verkaufen.
Julius M. Bier
Leipziger Straße 26, Zentrum 12253.

100
Direkt am Hermannsplatz, habe ich ein 1912 erbautes Wohnhaus ohne Caden mit Zentralheizung, Warmwassererwärmung u. Fahrstuhl, sehr eleganten Wohnungen mit eingebauten Geld-Wand- und Glas-Schränken, Wägeboden u. in faust 11jähriger Miete für 300 000 M. zu verkaufen. Rückkauf erteilt
Julius M. Bier
Leipziger Straße 26, Zentrum 12253.

100
Neutönn,
unmittelbar am Hermannsplatz, habe ich ein schönes Wohnhaus (sehr preiswert zu verkaufen. Offenelegung. 1-3 Zimmer, 3 Bäder. Mieten 9200 M. Preis 120 000 M. Anzahlung 12 000 M. Restler über 12000 2000 M.
Wilh. Perlitwz
Harn- u. Blutuntersuchungen. Rosenbergr. 321.

100
S,
Rühe Moritzplatz, habe ich ein gut erhaltenes Wohnhaus (sehr zu verkaufen. 2 und 3. Offenelegung. Mieten 10 000 M. Preis 140 000 M. Anzahlung 20 000 M. Restler über 12000 2000 M. Restler über 12000 2000 M.
Wilh. Perlitwz
Harn- u. Blutuntersuchungen. Rosenbergr. 321.

100
Neutönn,
Sollman in bester Verkehrsstraße, habe ich ein sehr schönes Wohnhaus zu verkaufen. Offenelegung. 4 bis 6 Zimmer, 3 Bäder. Mieten 21 000 M. per 1. 4. 1920 20 000 M. Preis 300 000 M. Anzahlung 30 000 M. 1. Stelle 4/4. Preis, bis 20. Restler über 12000 2000 M.
Wilh. Perlitwz
Harn- u. Blutuntersuchungen. Rosenbergr. 321.

100
Mautler-Gespinn
billig abzugeben, in mit vielfacher Ausführung.
Wilh. Perlitwz
Harn- u. Blutuntersuchungen. Rosenbergr. 321.

100
Männer und Frauen!
Verlangen Sie sofort unsere Gratis-Broschüre über bahnbrechenden hygienischen Bedarfsartikel.
Vers. Globus, Weingarten 38.

100
Erteilungshalber
habe ich ein kleines rentables Grundstück in Schöneberg, nahe Bahnhof Ubersberg, mit Zentralheizung versehen, ohne Warmwassererwärmung, mit 2- und einer 5-Zimmer-Wohnung zum Preise von 148 000 M. zu verkaufen. Die 5-Zimmer-Wohnung kann sofort bezogen werden. Rückkauf erteilt
Julius M. Bier
Leipziger Straße 26, Zentrum 12253.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Mandoline, Laute.
Gitarre, Wandermandel. 45.—, erfl. 30.—, Konzertgitarre 125.—, 145.— (Unterstütz. 8.—, Konzertgitarre, eventl. 10 (Hö. Schnellläufer) 100 (Hö. Schnellläufer) 145.—, Konzertgitarre 85.—, Ernst, Oranienstraße 166 III.

100
Preißelbeeren
10 Liter 2 M. frisch geerntet. Röhren mit Schiebepfeil 2 M. Vollmacht, ab hier. H. Weber, Reichmannsdorf, S.-M.

100
Zigaretten und Zigaretten
auch Kistenweise, zu unübertroffenen billigen Preisen. Wiederverkauf billige Engrospreise.
Zigaretten-Gandlung
Preussener Straße 64, 27000

100
Altgummi-abfälle
kauft jed. Polier-Nachmitt. Berlin 5, Wundschloßstr. 5.

100
Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10, Tel. Lützow 3705 und 8918.

100
Alte Metalle
alles Verkauft jed. Quantum und Mäßen mit Anlieferung
Nackemstein, Charlottenburg 5, Wundschloßstr. 5, 661 D

100
Flöte
eines billige
Auslieferung mit
Deutlich 1 Fl.
"Moral" mit
Faber 22. 350, Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

100
Obergarn
1000 und 300 Meterrollen meist jeden Stoff. Preisangebot etc.

100
Gewürz,
Admiralstraße 33, Telefon: Rothsch. 11 908.

100
Silber, Gold,
Platin, Zahngelbte, Wägen
kauft jeden Stoff. Preisangebot erbeten. Gewürz, Admiralstraße 33, Telefon: Rothsch. 11 908, 27/16

100
Thren
 Brillant- u. Goldschm.
G. Schliephacke,
Friedrichstr. 210, Eck Radtke.

100
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Holz- und Stahlt zu soliden Preisen.
Reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Ausverkauften. Beschichtigung unserer umfangreichen Lager ist kostenlos und erwünscht. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude.

100
Möbel-Engros-Lager
Berliner Tischler- u. Tapeziererstr.
Albert Gleiser Alexanderplatz
Berlin C. 33 Alexanderstraße 42

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

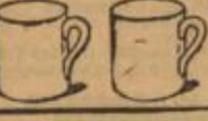
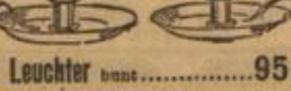
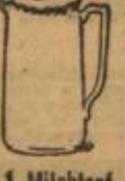
100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

100
Möbel
gegen bar und auf Teilzahlung
zu mäßigen Preisen. Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzeln Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

JANDORF

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

| | |
|---|---|
|  1 Senftopf schweres Porzellan 95 Pf. |  1 Froschglas 95 Pf. |
|  6 Eierbecher Porzellan 95 Pf. | |
|  3 Wassergläser 95 Pf. | |
|  1 ovale Glasschale schweres Porzellan 95 Pf. | |
|  2 Kinderbecher Emaille 95 Pf. | |
|  2 Leuchter bunt 95 Pf. | |
|  1 Wandteller oval, 16x24 cm 95 Pf. | |
|  1 Milchtopf mit Goldrand Porzellan 95 Pf. |  1 Vorratstone sortierte Muster... 95 Pf. |

Glas

2 Likörkelche 95 Pf.
1 Kuchenteller
schönes
Porzellanmuster... 95 Pf.

Porzellan

1 Obertasse reich verziert..... 95 Pf.
3 Eierbecher mit Randj..... 95 Pf.
1 Kaffeebecher reich dekoriert 95 Pf.
1 Milchtopf verschied. Formen hübsche Muster.. 95 Pf.
1 Tasse mit Untertasse, reich dekoriert 95 Pf.
1 Nippes 95 Pf.
1 Abendrotteller 95 Pf.
2 Kompotteller 95 Pf.
1 Tasse mit Untertasse 95 Pf.

Steingut

1 Kaffeebecher 95 Pf.
2 Milchbecher 95 Pf.

Galanterie

1 Haussagen mit Holzrahmen. 95 Pf.
1 Haubonnetz 95 Pf.
1 Stirnnetz 40x40 cm..... 95 Pf.
1 Fotografie-Rahmen 95 Pf.
1 Geldscheintasche 95 Pf.

Wirtschafts-Artikel

1 Staubwedel..... 95 Pf.
1 Scheuerbürste..... 95 Pf.
1 Ausklopfer 95 Pf.
1 Fleischbrett 95 Pf.
2 Frühstücksbretchen..... 95 Pf.
1 Aarmelplättbrett 95 Pf.
3 Kleiderbügel..... 95 Pf.
1 Gross Reibnagel..... 95 Pf.
1 Eßlöffel (Aluminium)..... 95 Pf.
3 Teelöffel 95 Pf.
3 Eßlöffel 95 Pf.
1 Paket Stahlspäne 95 Pf.
6 Ausstechformen..... 95 Pf.
1 Kaffee- oder Zuckerbüchse 95 Pf.
1 Gebäckkasten 95 Pf.
1 Gewürztonne verschiedene Aufschriften.. 95 Pf.
1 Schneeschläger 95 Pf.
1 Handwaschbürste 95 Pf.

Parfümerien

1 Tube Pfefferminz Zahnpasta 95 Pf.
1 Zahnbürste 95 Pf.
1 Glas-Zahnpulverdose } zusammen
1 Paket Zahnpulver } 95 Pf.
4 Pakete Teer-Schampoo... 95 Pf.
1 Nagelpollerstein 95 Pf.
1 Handwaschbürste 95 Pf.
3 Rasierklingen 95 Pf.
1 Rasierpinsel 95 Pf.
6 Pakete Blitzblank..... 95 Pf.
1 Büchse Nigrin-Schuhcreme schwarz, weiß, gelb oder braun 95 Pf.
1 Blechflasche Putzwasser.. 95 Pf.

Schreibwaren

1 Block 100 Blatt Briefpapier 95 Pf.
10 Bromsilber-Postkarten zum Ausuchen..... 95 Pf.
25 Briefbogen } zusammen... 95 Pf.
25 Umschläge }
50 Kartenbriefe 95 Pf.
10 Meter Küchenkante 95 Pf.
1 Tischtuch mit Krepppapier.. 95 Pf.
12 Bleistifte 95 Pf.
25 Berliner Ansichtskarten. 95 Pf.
50 Hanfumschläge 95 Pf.

2 Milchtopfe Porzellan reich dekoriert 95 Pf.
1 Maschinentopf Emaille... 95 Pf.

1 Schlüsselbrett 95 Pf.

3 Becher 95 Pf.

1 Königskuchenform 95 Pf.

2 Milchbecher mit Kinderbild. Porzellan 95 Pf.

1 Küchenbell..... 95 Pf.

1 Essig- und 1 Oelflasche sortierte Must. 95 Pf.

1 Quirbrett 95 Pf.

2 Einmachegläser 95 Pf.

4 Gewürztonnen bunt 95 Pf.

1 Markttasche 36 cm 95 Pf.

1 Zuckerdose Porzellan hübsch, Blumenm. verschied. Formen.. 95 Pf.

2 Tassen m. Untertassen... 95 Pf.

1 Tasse m. Untertasse und Rand 95 Pf.

Künstliche Zähne
mit echtem Parafantit, Goldtrögen und Brücken.
Präzisionsarb., Rep. u. Umarb. fol. Ueber 30 J. tadeltlos.
Keine Kugeldreie. Zahnpraxis Brüder, Prinzenstr. 96a,
in der Dresdener Str. Fernspr.: Rotogr. 11253. 3556*

Geöffnet von 8-6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer

1 Büfett Eiche
1 Kredenz
1 Ausziehtisch
6 Stühle
Mark: 2850, 3750, 4500 etc.

Herrenzimmer

1 Bibliothek
1 Schreibisch
1 runder Tisch
1 Schreibstisch
2 Stühle
Mark: 2450, 3650, 4875 etc.

Schlafzimmer

1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtisch mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Stellige Auflegematrizen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.

Ständig große Ausstellung
von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,
Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen
einfacher, mittlerer und eleganter Art.
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.
Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherei
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dirksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

Wohlfeiles Möbel-Angebot!

Meinen alten Kunden und allen Interessenten mache ich auf diesem Wege die Mitteilung, daß die Anschaffung einer teuren Wohn-Einrichtung heute überflüssig ist, nachdem ich durch einen großen und überaus günstigen Abschluß Gelegenheit zum Kauf von Einrichtungen für mehrere hundert Zimmer gehabt habe, die ich unter dem Namen

Feder-Einheits-Zimmer

von heute ab zum Verkauf stelle. Sämtliche Einrichtungen sind nach einem Entwurf von Professor Peter Behrens aus bestem ausgetrocknetem Kiefernholz hergestellt und erfreuen sich durch ihr einfaches, sehr geschmackvolles Aussehen allgemeiner Beliebtheit.

Als Feder-Einheits-Zimmer kommen in Betracht Wohn- und Schlafzimmer, welche aus nachfolgenden Möbeln bestehen:

1 Wohnzimmerschrank
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Auflege-Matrizen
2 Keilkissen
2 Nachtschränke m. Platten
1 Waschtisch m. Platte
1 Spiegel, 1 Ausziehtisch
4 Stühle, 1 Landschaft

Mark 1620.-

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

B. FEDER

Hauptgeschäft Norden: Brunnenstr. 1.
Zweiggeschäft Osten: Frankfurter Allee 350.
Zweiggeschäft Süden: Kottbuser Damm 103.
Zweiggeschäft Westen: Charlottb., Scharenstr. 5.

Feuriger **Santa Lucia** Feuriger
Süßwein Süßwein

küfflich in Apotheken, Drogen-, Kolonialgeschäften
Norden 6822. Grosso-Vertrieb, Bergstr. 34.

Ansprüche !!

an den Militärfiskus !!

betr. Pensionen, Renten, Versorgung,
Dienstbeschädigung, Schadenersatz, Abfindung u. a.

Beratung, Vertretung und Abwicklung durch:
Nationale Treuhand- u. Revisions-Ges.
Frankfurt a. M. Abt. VII. Telegr.-Adr.: Nationaltreu
Oppenheimerstraße 49.

Prospekt und Fragebogen verlangen. 186/12

TROCKENPARFÜM

Lebona
Berlin

HAUT CREME
Überall erhältlich.

Flechten Wunden

offene Füße, Krampfadern, Krampfadern heilt sogar
L. verzweilten Fällen mit oft überraschend
Erlöb die hautblühende schmerz- und
juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2,70 und
5,10 M.; erhältlich in der Auguste-Viktoria-Apotheke,
Königsplatz Str., und Simons-Apotheke, Kronen-, Bellevue-
Apotheke, Potsdamer Platz, Victoria-Minerva-Apotheke,
Charlottenburg und in der Marien-Apotheke, Wilmersdorf.
Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht
erhältlich, direkt b. Tutogen-Laboratorium, Sülzthemen-
Rönnchen 5.

Das beste Schönheitsmittel
der Gegenwart ist unstreitig
der Fetthautkrem

ADISAL

macht einen wundervollen Teint, verleiht der Haut nach kurzem Gebrauch blendende Weiße, Frische, Reinheit und Anmut, beseitigt Sommersprossen, Mitesser und Sonnenbrand.

Garantiert reiner Fetthautkrem.

In eleganter Porzellantasche M. 4.-
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Fabr. Addy Salomon, Charlottenbg., Wallstr. 11

Wer wundert sich, wenn er den Hildburg-Wagen schaut, daß der Verkehrsstreik durch ihn abgeflaut?

Holzwarenfabrik Hildburghausen
Aug. Schultze in Hildburghausen 13 (Thür.)
gegründet 1878
liefert direkt an Private

Handleiterwagen, Marke Hildburg
(patentamtlich geschützt).

Besonders starke Bauart, größte Breite ca. 78 cm, Leiterlänge ca. 91 cm, flache Kastensprossen mit abgerundeten Kanten, kräftigen Boden, 17 mm starke gedrehte Eisenachsen, schwere Flachspeichenräder mit Quäbühnen, in Dampf gebogene Felgen, geschweißten, warm aufgezogenen Eisenreifen mit dreifachen Naben- und Speichenringen, Gewicht ca. 26 Kilo. Tragkraft 3-4 Zentner.

Preis freibleibend 85 M. 28/3

Solider abnehmbarer Kasteneinsatz 8 M. extra.
Unaufgefordert erhielt ich u. a. folgendes Anerkennungs-schreiben vom 17. Juni 1919:
„Der am 2. Juli dort abgeschickte Handleiterwagen ist heute wohlerhalten in meinen Besitz gelangt. Ich treue mich über die starke, gute und gefällige Konstruktion desselben sowie über das gute Material. Die Grundstücke Ihrer Firma, wie ich sie von langer her schon kenne, haben auch durch den Krieg nicht Not gelitten.“
Dr. W. W. in Z.

Foto-Material

aus den Beständen der ehemaligen Bildzeug-meister, solange der Vorrat reicht,
zu enorm billigen Preisen

Agfa, Hauff, Perutz, Sigurd etc.
Platten. - Mimosa, Ridax, Satrap etc.
Papier. - Formate 9x12, 10x15, 13x18
in tadelloser Beschaffenheit noch in großen Mengen am Lager. Ladenverkauf und Versand.

C. A. Büttner, Kanonierstr. 6
(Ecke der Taubenstraße)
am Untergrundbahnhof „Kaiserhof“.

Lilien-Bleich-Soda

ist wieder in Friedensqualität
in allen Geschäften erhältlich.

Fordern Sie aber ausdrücklich „Lilien“-Bleich-Soda, damit Sie nicht „Ersatz“-Soda erhalten!
Engros bei Carl Ernst Pütz, Chem. Fabriken,
Berlin S. 14, Dresdener Straße 97. Mpl. 2800.

Sozialpolitik als Hebel des wirtschaftlichen Aufbaues.

Nichts wird von Sozialpolitikern für berechtigt anerkannt als der Notschrei namentlich der Arbeitslosen nach Ausbau der Sozialversicherung. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung und der Gesetzgebung genügen aber nicht, den allerbescheidensten Ansprüchen auf den Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Den besten Auf hat immer noch die Krankenversicherung, obwohl die Vorleistungen der Krankenkassen nicht derart gestiegen sind, daß sie mit der Entwertung des Geldes und mit der im wesentlichen hierdurch veranlaßten Steigerung des Lohnes Schritt gehalten hätten. Viele Arbeiterfamilien geraten im Krankheitsfalle des Ernährers infolge der geringen Vorleistungen der Kassen in Not. Daß wirtschaftliche Not aber auch den Gesundungsprozess des Erkrankten erheblich hemmt, ist ein alter Erfahrungsgrundsatz. Früher kamen die Zahlungen der Krankenkassen dem wirklichen Lohnausfall erheblich näher. Das Geheimnis, daß trotzdem die Krankenversicherung noch den besten Auf genießt, wird erklärt durch das Uebergewicht, das die Arbeitnehmer in der Verwaltung der Kassen haben (die Fehlgänge, die die Reichsversicherungsordnung gelegt hatte, hat die Regierung auf dem Verordnungswege beseitigt) und daß die Verwaltung der Kassen beweglicher gestaltet, vor allem aber nicht, wie dies namentlich bei der Invalidenversicherung der Fall ist, an ein für allemal feststehende Beiträge gebunden ist, sondern in gewissen Schranken die Möglichkeit der Erhöhung ohne gesetzgeberischen Akt hat!

Die Geldentwertung spielt aber eine zu ungunsten der Betroffenen noch viel einschneidendere Rolle bei den Unfall-, Invaliden- und Altersrentnern, wie auch bei den Militärentrentnern der Friedenszeit und den sogenannten Altersrentnern. Und dabei handelt es sich bei all diesen nicht nur um vorübergehende Leistungen, wie bei den Krankenkassen, sondern um Bezüge, die als Ersatz für in der Regel endgültig verloren gegangene Arbeitsfähigkeit und damit verbundener Verdienstmöglichkeit gedacht sind.

Die Unfallrenten sind nach dem Verdienst vergangener Zeiten festgesetzt, die Invaliden- und Altersrenten unter Zugrundelegung des früheren Geldwertes, ebenfalls die Bezüge der sogenannten Friedensbeschädigten und der Pensionäre. Die Renten all dieser, meistens wirtschaftlich am schwächsten Gestellten stellen heute kaum mehr als ein Taschengeld dar, und doch ist ein großer Teil wirtschaftlich auf die Renten ausschließlich angewiesen. Die schreiende Not dieser Volksgenossen ist schon ein zwingender Anlaß, schnell und wirksam einzugreifen. Die Versprechungen der Regierungswortreter sind so dürftig, daß eine Verabreichung nicht eingeleitet ist, auch nicht einzuleiten konnte. Jeder Tag erfordert Opfer, ein Blick auf die Sterbetafeln der Versicherungsanstalten beweist das. Es darf nicht der Anschein erweckt werden, als hätte die brutale Theorie in unserem heutigen Staatswesen Bedeutung; vollwirksam wäre ein Abgang aller und inbaldiger Personen nicht undenkbar. Ebenso muß dem Gedanken gesteuert werden, als sei die Säumnis eine Folge der Tatsache, daß die Veteranen der Arbeit ihre berechtigten Ansprüche nicht durch Streiks durchsetzen können. Auch die finanziellen Schwierigkeiten oder die Kompliziertheit des Aufbaues des Beitragsystems und des Verwaltungsapparates entschuldigt die Verzögerung nicht ausreichend. Es handelt sich um absolute Dringlichkeit, und die Erfüllung ist ein Gebot der Stunde.

Die soziale Vorsorge für Krankheit, Alter und Invalidität stellt aber auch eine Staatsnotwendigkeit dar, vom Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Aufbaues des Staates betrachtet.

Eine gut ausgebaute, von den arbeitnehmenden Schichten selbstverwaltete Arbeitslosenfürsorge, ausreichende Krankenfürsorge für sich und die Familie und, was mit das Wichtigste ist, eine die Existenz gewährleistende Fürsorge für den Fall der Invalidität — gleichgültig, ob durch Unfall, durch Krankheit oder durch Alter ver-

ursacht — sind Mittel, mit denen eine Beruhigung in den Schichten der Arbeitnehmer erzielt werden kann. Heute sind wir von einer ausreichenden sozialen Fürsorge entfernt, denn je infolge der um das mehrfache verminderten Kaufkraft des Geldes.

Wenn im allgemeinen die Beamten von dem Streikfieber nicht befallen sind, so liegt das im wesentlichen an der immerhin gesicherten Lebenslage dieser Schichten. Nicht minder wichtig wie die Tätigkeit der Beamten ist aber die Arbeit der in der Privatwirtschaft beschäftigten.

Also: auf schnellstem Wege Ausgestaltung der Krankenversicherung, namentlich in der Richtung der Familienversicherung, Umgestaltung der Invaliden-, Alters-, Unfall- und Hinterbliebenenversicherung, sowohl bezüglich der Höhe der Bezüge — wobei natürlich die Beiträge eine wesentliche Erhöhung werden erfahren müssen — und in bezug auf die Verwaltung. Die Selbstverwaltung der Arbeitnehmer bei allen Versicherungsarten wird endlich zur Wahrheit gemacht werden müssen. Dabei kann der heut so verzweigte Verwaltungsapparat wesentlich vereinfacht und auch vereinfacht werden.

Es muß gelingen, diese Arbeiten noch in der Herbsttagung der Nationalversammlung zu bewältigen. Damit wird die beste Grundlage für den Bestand des demokratischen Staatwesens und für den Sieg des sozialdemokratischen Gedankens bei den nächsten Wahlen geschaffen. C. Freier.

Die Wahrheit über den Inhaftiertenfonds.

Von ehemaligen Mitgliedern der 19er-Kommission des Arbeiter-Unterstützungskomitees wird und folgendes mitgeteilt:

Parteigenossen!

Wiederholt hat sich die Öffentlichkeit mit den im Laufe des Jahres 1918 gesammelten Geldern für die Opfer des Januarstreiks 1918 beschäftigt. Aber immer wieder verließen es die Kommunisten und Unabhängigen, durch beharrliche Ausbreitung falscher Gerüchte die Öffentlichkeit über den wahren Sachverhalt hinwegzuführen.

Wir unterzeichneten, ehemaligen Mitglieder der 19er-Kommission des Arbeiter-Unterstützungskomitees sehen uns daher veranlaßt, auf Grund unserer Erkenntnisse innerhalb der Kommission noch einmal einwandfrei den Tatsachen entsprechend zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Der Januarstreik 1918 hatte seine Opfer gefordert, die hinter Gefängnismauern in Schutz- und Strafbestimmungen, soweit sie nicht zur Strafe in den Schützengroben geschickt waren. Die nothleidenden Familienangehörigen der Betroffenen mußten unterstützt werden und der dringende Appell an die Berliner Arbeiterschaft fand dieselbe in einmütiger Opferwilligkeit bereit, so daß schließlich ein Fonds von circa 300 000 M. angesammelt wurde. Die Führung der Geschäfte war ursprünglich einer aus den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen paritätisch zusammengesetzten Kommission anvertraut. Die politische Ansicht spielte bei der Zusammensetzung der Kommission keine Rolle. Im Gegenteil erklärte der nachherige Volksbeauftragte Barth als Vorsitzender der Unterstützungs-Kommission: „Ein Grundstift derjenige, der es wagt, an den hungerigen Mägen der Frauen und Kinder seine Parteiinhalte zu fachen.“ Auch die verschiedenen Gerüchte über die Verwendung der Gelder entbehren jeder tatsächlichen Unterlage und waren dadurch veranlaßt, daß die Kommission keinerlei öffentliche Rechnungslegung vornehmen konnte, da sonst die Beschlagnahme durch die ehemalige Regierung befürchtet werden mußte. Aus diesem Grunde wurde in der Subkommission, welche aus 5 U.S.P.D. und 2 S.P.D.-Mitgliedern bestand, der Beschluß gefaßt, die Gelder an einer sicheren Stelle zu hinterlegen und als einzige Kommissar 1 U.S.P.D. und 1 S.P.D.-Mitglied zu bestimmen. Das Geld wurde dann durch die Vermittlung des unabhängigen Reichstagsabgeordneten Haase an dessen Bruder überwiesen. Durch Beschluß der Kommission wurde bestimmt, daß nur in Gegenwart beider Kommissare das Geld abgegeben werden könne. Inwieweit diesem Beschluß Rechnung getragen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist bis heute an den betreffenden Genossen, der zu unserer Partei gehört, keinerlei Aufforderung ergangen, bei Abhebung des Geldes anwesend zu sein. Die Führung der Geschäfte gab dem auch bis zur Amnestie im November 1918 zu Ausfällen keinerlei Anlaß. Erst die nach den Robberzügen einsetzende immer tiefer greifende

Vergiftung der Arbeiterschaft führte schließlich auch zu einer Trübung des Verhältnisses unter den Komiteemitgliedern, weil inzwischen auch der gewerkschaftliche Charakter völlig verwischt wurde, dadurch, daß man eine paritätische Zusammensetzung auf Grund der politischen Parteilosigkeit forderte. Die auf 24 Mitglieder erweiterte Kommission zeigte schließlich folgende Zusammensetzung:

15 Unabhängige, 5 Kommunisten, 4 Mehrheitssozialdemokraten.

Trotz dieser eigenartigen Zusammensetzung waren wir stets bemüht, ein sachliches Zusammenarbeiten zustande zu bringen. Dies wurde uns aber schließlich unmöglich, als die unabhängigen und kommunistische Mehrheit dazu überging, die Gelder zu Zwecken zu verwenden, die von den Spendern nicht ins Auge gefaßt waren und den gefährdeten Beschäftigten direkt zuwiderliefen.

Zum Beweise führen wir folgendes an: Nach den Januarunruhen in Berlin erschienen im Bureau des Unterstützungs-Komitees die an den Unruhen beteiligten Matrosen und Zivilisten, die unter Berufung auf ihre Jugendfrömmigkeit zur kommunistischen und unabhängigen Partei und unter Aufführung ihrer Heldentaten bei den Kämpfen gegen die Regierungstruppen Unterstützungen in beträchtlicher Höhe verlangten, und als ihnen dieselbe nicht sofort bewilligt wurde, durch Verbeugung von Standaßgenossen schließlich die Auszahlung der Unterstützung erzwangen. Diese Szenen, die sich wiederholt unter zunächst stillschweigender Duldung, schließlich aber auch unter ausdrücklicher Billigung der kommunistischen und unabhängigen Komiteemitglieder ereignet haben, veranlaßten uns, unter Protest gegen diese Geschäftsführung aus der Kommission auszuscheiden. Auch unserem wiederholten Verlangen nach Rechnungslegung wurde nicht stattgegeben, so daß wir schließlich die Verantwortung für die Mißverwaltung der Gelder nicht übernehmen konnten.

Wir erklären daher nochmals ausdrücklich, daß bei der Verteilung und Verwaltung des Unterstützungsfonds von unserer Partei (S. P. D.) kein Angeordneter mehr tätig ist, daß der Fonds, der also ursprünglich zur Unterstützung der durch ihre politische Ueberzeugung ins Unglück geratenen Parteigenossen bestimmt war, ohne Unterbrechung ihrer besonderen Richtung, jetzt zu einem unabhängigen und kommunistischen Unterstützungsfonds umgewandelt ist, aus dem die Mitglieder unserer Partei nach den Rücksichtungen der unabhängigen und kommunistischen Mitglieder keinerlei Unterstützung bekommen sollen.

Es ist daher selbstverständlich, daß wir auch unseren Parteigenossen nicht mehr die Beteiligung an Sammlungen für diese Zwecke empfehlen können.

Die ehemaligen Mitglieder des Arbeiter-Unterstützungskomitees der Berliner Arbeiterschaft.

Otto Rose, August Ehrhardt, Eugen Haase, H. Gröning.

Groß-Berlin

Bildungskursus für befähigte Parteigenossen.

Der Kursus beginnt am kommenden Montag, 8. September, 6 Uhr, im Zeichenaal des königstädtischen Gymnasiums, Berlin, Elisabethstr. 66—68 (Nähe Alexanderplatz). Dr. Conrad Schmidt wird in einer Vortragsreihe das Gebiet der Wirtschaftsgeschichte behandeln. Sodann wird Eduard Bernstein über die Geschichte des Sozialismus und der Sozialdemokratie sprechen. Näheres hierüber sowie über die weiteren Vorträge wird den Teilnehmern noch mitgeteilt werden. Die von den Parteioptionen delegierten Kursteilnehmer werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Die vom Bezirksbildungsausschuß versandten Ausweisscheine sind mitzubringen.

Die neue Verteuerung der Kohlen.

Nachdem die Erzeugerpreise für Brennstoffe mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde wiederum erhöht worden sind, ist der Kohlenbedarf Groß-Berlins genötigt, die Preise für Brennstoffe mit Wirkung vom 1. September 1919 für die Stadtbezirke Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf sowie die näheren Orte der Landkreise Teltow und Niederbarnim entsprechend abzuändern, d. h. zu erhöhen. 1. Für Röhren- und Ofenbrand dürfen folgende Preise (je Zentner) nicht überschritten werden: bei Selbstabholung ab Lager 4,75 M., bei Abwerken auf dem Straßendammbar dem Grundstück des Verbrauchers 5,15 M., bei Abwerken auf

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse.

Verdeutschelt von Max Hochdorf.

Aber das Gesetz, das den gemeinsamen Vorteil aller Menschen regelt, heißt das Sittengesetz. Nirgends auf der Welt und niemals noch sollte dieses Gesetz einen anderen Zweck erfüllen. Gäbe es nur einen einzigen Menschen auf der Erde, dieses Gesetz bestände keine Kraft. Es erweitert das Reich der Bedürfnisse im einzelnen, der sich nach den Begierden seiner Nebenmenschen richtet. Aus eigener Kraft entströmt es zugleich allem und jedem, zugleich der Vernunft, und nicht minder der Eigenlust. Es ist unbegrenzt und ganz nach dem Sinne der Natur. Genau, wie die ewige Säkung, die vor unseren Augen schatten und Licht vollkommen ineinander andernietet. Das Gesetz ist so einfach, daß es zu jedermann spricht und vor jeglichem seine Wahrheit anbringt. Es ist aus keinem Ideal hervorgegangen. Gibt überhaupt ein Ideal, so entsprang es dieser Säkung allein.

Der allmorgendliche Aufruhr beginnt wieder in den Lüften. Mit Schönheit begnadet war die Erscheinung, die ich hatte sehen dürfen. Einem Traume gleich sie, den Sonnenaufgang beglänzte, und das friedliche Verbrüder der Menschen war sichtbar in alledem gewesen. Jetzt verwandelt sich der Traum in schwere Alpbedrängnis.

Aber die blinkende Wüstenei ist nicht wirt und Wüste wie eben noch, wo die neuen Elemente durcheinandergewirbelt hatten und wo die Dinge zusammengefaßt waren. Aus den Schlünden und dem Geflüte des Feuers erhebt sich ein Wohlmaß der Gestalten, das nicht dem gewöhnlichen Wohlmaß der Natur verdonndt ist. Die frei spielende Ordnung und der Brand nach auflösender Weisheit werden sichtbar. Und diese Mächte sind geschaffen aus Gedankenkraft, aus Willenskraft, aus Leidenskraft. Menschenmassen, die hingestrent sind über die Erde und toll von einem nie verfliegenden Blutstrom stürzen wie Sintfluten gegeneinander. Eine neue Erscheinung taucht auf, und sie wirft sich über mich, und sie schüttelt mich auf meinem erdigenlette, in das ich noch immer hineingebettet bin. Die Menschenvelle hebt sich in wogende Bewegung. Sie nähert sich von allen Seiten her, sie rückt näher an meinen Schlund heran. Das Feuer siedet und jaust in dem Menschenmeer nicht minder als

in dem Wasser. Das Feuer erlischt vor den Quellen der Menschen.

Da ich so daliege und mich anklammere irgendwo, bedünkt es mich, ich müßte aufbäumend kämpfen gegen diese Erscheinung. Es bedünkt mich auch, daß man mich irgendwo festkettet. Da höre ich auch ein übernatürliches Mahnen, das zu meinem Ohre raunt, als wenn ich schon in einer anderen Welt lebte, wie es im Liede heißt.

Ich würde nach Menschen aus. Ich möchte die Hilfe eines lebendigen Wortes, ich möchte die Hilfe einer hilfreichen Silbe nur. Wieviele Worte habe ich in der Vergangenheit schon vernommen! Aber ich möchte doch nur das eine. Ich liege in den Bezirken, unter denen die Menschen ihre letzte Erdentube statt finden müssen. Ich liege in einer durchgewählten Feldertrift und unter einem steilen Himmel, der ewig über mich wegwandelt. Dieser Himmel ist bevölkert von Gestirnen, die anders sind als die anderen Gestirne des Himmels. Dieser Himmel ist überweht von anderen Wolken und Blüten, die Schlag um Schlag aufplattern und aufklackern und doch anders sind als die anderen Wolken und Blüten. Dieser Himmel ist erhellt von einem Lichte, das nicht mehr des Tages alltägliche Licht ist.

In der Nähe ist eine riesige Anhäufung merkwürdiger Gestalten oder welliger vielfarbiger, pärllich bebläuter Gelände sichtbar. Dort schläft der Leichnam einer ganzen Abteilung oder einer Kompanie. Blickt man noch näher, so ist die Gräßlichkeit der Schädels sichtbar. Ich sehe Schädels, die von menschengroßen Wunden aufgerissen sind! In den Erdenhöhlen, die nächstens von dem Feuerbrand und am Tage von dem Menschenwurm blutigrot erhellt werden, taumeln die Raben herum, und sie sind ganz berauscht.

Dort liegt das Gorchloch, das den Umkreis beherrscht. Da wachen nun fünf oder sechs Wächter, die in das Düstere dieser Höhle eingegraben sind. Verzerrt ist ihr Gesicht, da sie durch den Spalt lugen und spähen. Ihr Mantel ist rot gestreift, als wenn ihn ein Höllenstrahl getroffen hätte. Sie sind verzweifelt und blutdürstig.

Tragt man die Späher, warum sie sich schlagen, dann erwidern sie: „Um das Vaterland zu retten.“

Meine Gedanken schweifen weiter zur anderen Seite des nie endenden Geländes. Dort sind die gelben Pfützen mit schwarzen Pfützen durchmischt. Das Blut besetzt selbst den Erdenkot.

Dort steht ein eisenfarbenes Gesträuch und Buschwerk. Dort stehen auch Bäume, die nur noch Schatten ihrer selbst

sind. Ich höre, wie das Knochenwerk in meinen Kiefern klackert und klappert. Der gährende Menschenkirchhof liegt da, als wenn man ihn abgedeckt hätte, es liegen tote und Lebendige im Wirrwarr durcheinander. Ein weitgepannter Trümmerkreis ist eingekesselt in die Nacht. Was dorten zu sehen ist, das ist nicht mehr ein Dorf. Das ist nur noch ein Gang, dessen ausgemergeltes Gerüst dem Begliederte eines Dorfes ähnet. Die Kameraden, meine Kameraden, haben dort überall bröckliche Löcher eingetreten und elende Wege gezogen, indem ihre Hände und ihre Füße am Werk gewesen sind. Die Kameraden starren vorwärts, sie wittern nach etwas, sie suchen nach etwas.

„Warum schläfst Du Dich?“
„Um das Vaterland zu retten!“
Frage und Antwort sind gleichmäßig in die Leere hineingefallen wie die beiden Schläge eines Totenglockleins, gleichmäßig, wie die Stimmen der Kanonen.

Und ich, ich suche weiter, ein Fieber lebt in mir. Eine große Begierde lebt in mir. Es ist ein Wahnsinn, der mich treibt. Ich bäume mich auf, ich möchte mich dem Erdreich entreißen, um der Wahrheit entgegenzutreten. Ich suche nach der Verschiedenheit in den Menschen, die sich gegenseitig töten. Und ich kann nur finden, daß sie sich untereinander ähnlich sind. Ich kann dieser Ähnlichkeit der Menschen nicht entkommen. Sie entsetzt mich. Ich möchte aufschreien. Vermorrhene und seltsame Töne quellen aus mir hervor. Sie hallen wider in dem Unbekannten. Ich höre und spüre sie fast körperlich! Die Menschen tragen wohl verschiedene Kleider auf ihren Schultern, sie sprechen wohl verschiedene Sprachen, aber aus dem Grunde dessen, was rein menschlich in ihnen ist, steigen die gleichen und nämlichen reinen und schlichten Regungen empor. Die Menschen leiden unter der gleichen Kimmernis. Sie werden gequält von der gleichen Not. Das gleiche Rechnen der Vernunft pulst in ihnen. Die Menschen ahneln sich genau so wie ihre Wundmäler sich ähneln, und sie werden sich immer derart ähnlich sein. Ihre Worte sind ebenso gleich untereinander, wie das sinnlose Geschrei, das der Schmerz ihnen entzieht. Die Menschen ähneln sich nicht minder in der entsetzlichen Stummheit, die bald über ihre zerfleischten Lippen hallen und hauchen wird. Die Menschen schlagen sich nicht, weil sie sich als Wesen verschiedener Gattung gegenübersehen. Selbst, wo sie sich bekämpfen, verfolgen sie einen Zweck, der ein Bündnis zwischen ihnen schmieidet. Da sie sich töten, werden sie von dem dunklen Triebe und Bedenken geleitet, daß sie einander doch sehr verwandt sind.

(Fortf. folgt.)

dem Hofe 5,20 M., bei Lieferung frei Erdgeschloß oder Keller 5,20 M. Für Verfeinerungen an das Kleingewerbe, sowie für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in Zuhren nicht unter 30 Zentnern dürfen folgende Preise (je Zentner) nicht überschritten werden: bei Selbstabholung ab Lager 4,75 M., bei Abwerfen auf dem Straßendamm vor dem Grundstück des Verbrauchers 5,10 M., bei Abwerfen auf dem Hofe 5,15 M., bei Lieferung frei Erdgeschloß oder Keller 5,25 M.

Der Kohlenhändler ist verpflichtet, den Verbrauchern an denjenigen Abgabestellen, an der sie in die Kundenliste eingetragen sind, die Preisliste auf Verlangen zur Selbstabholung zur Verfügung zu stellen.

Ein finsterner Winter in Aussicht.

Trotz des beendeten Streiks in Oberschlesien ist, wie uns aus zuverlässiger Stelle erklärt wird, die Lage für die Groß-Preussische Industrie so ernst wie vorher. Berlin hat im Gegensatz zu anderen Großstädten während des ganzen Krieges und nach der Revolution infolge der ungeliebten politischen Verhältnisse eine erheblich größere Kohlenzufuhr erhalten als Industriegebiete, die selbst in nächster Nähe der Kohlenreviere gelegen sind. Während bisher die oberschlesische Kohle zur Versorgung Mittel- und Norddeutschlands diente, haben sich die Verhältnisse durchaus geändert, seitdem die Entlastung auf der sofortigen Auslieferung der von ihr schon ermäßigten Kohlenabgaben besteht. Zu diesem Zweck bleiben die westfälischen und Aachener Reviere sowie die rheinischen Braunkohlengruben reserviert. Oberschlesien muß jetzt also auch für die westfälischen und rheinischen Industriezentren liefern, die bisher aus dem Westen versorgt wurden. Nach einer anfänglichen flotten Ausfuhr aus Schläfen, die im Durchschnitt 6000 Waggons pro Tag betrug, ist jetzt bereits wieder ein Einsetzen der Zufuhren zu verzeichnen. Das ist damit zu begründen, daß der Eisenbahnwagenpark, der sich während des letzten Streiks angesammelt hatte, aufgebraucht ist. Der Kohlenkommissar hat jetzt wieder mit starkem Wagenmangel und Transporteschwierigkeiten zu kämpfen. Besonders energisch muß die von radikalen Arbeiterführern aufgestellte Behauptung, daß in den Kohlenrevieren riesige Reserven lagerten, bekämpft werden. In Westfalen beispielsweise habe man jetzt einen eisernen Bestand von 450 000 Tonnen, von denen der dritte Teil bereits verkauft sei. Diese Reserve sei geradezu verschwindend gering, wenn man bedenkt, daß selbst während der Kriegsjahre in den dortigen Revieren dreieinhalb Millionen Tonnen lagerten. In Mitteldeutschland sind gegen einen sonstigen Normalstand von 182 000 Tonnen sage und schreibe 12 000 Tonnen greifbar. Die Preussische Braunkohle, die dort aufgeschichtet liegt, sind für die Industrie nur dann verfügbar, wenn man der Bevölkerung während der Wintermonate überhaupt keinen Hausbrand mehr liefern will. Die oberschlesischen Reserven, die angeblich 50 Millionen Zentner betragen, also rund 2 Millionen Tonnen, reichen gerade hin, um die Haderfabriken, Lebensmittelwerke, Wasserwerke usw. für einige Tage mit Feuerungsmaterial zu versorgen. Die Groß-Berliner Industrie müsse unter allen Umständen damit rechnen, daß sie in der bisherigen Weise nicht weiter versorgt werden könne. Im Augenblick hänge alles davon ab, ob man die nötigen Mittel beschaffen könne, die dazu notwendig sind, um die Stromlieferer an das Weiterfeld der Kraftwerke anzuschließen. Es sei jedoch wenig Hoffnung, daß sich das Material beschaffen lasse. Berlin, das bisher am besten versorgt war, müsse sich den Verhältnissen anpassen. Wie sie in Hamburg, Leipzig, München usw. schon seit längerer Zeit bestehen.

Die Gas- und Elektrizitätssperre.

Zu weiten Kreisen der Bevölkerung hat die durch den Kohlenmangel gebotene neue Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauches größte Verärgerung hervorgerufen. Die Sorge, daß auch der Straßenbahn- und Hochbahnverkehr stark eingeschränkt werden und schon früh am Abend aufhören soll, scheint extremsterweise unbegründet zu sein. Die zuständigen Stellen haben, wie gemeldet wird, sich entschlossen, der Bevölkerung Groß-Berlins diese neue schwere Prüfung einzuweihen zu erlauben. Es wird gehofft, daß auch in den nächsten Monaten wenigstens die Einschränkung des Verkehrs zu vermeiden sein wird. Ob die angeordnete Einschränkung der Straßenbeleuchtung möglich ist, erscheint sehr fraglich. Die Straßen sind ohnehin zu Nachtzeit schon so mangelhaft beleuchtet, daß die Sicherheit dadurch beeinträchtigt wird. Die Theater werden sich genötigt sehen, ihre Vorstellungen früher zu beginnen. Den Plan, für mehrere Tage in der Woche die Schließung der Theater zu fordern, hat der Kohlenverband fallen gelassen.

Zumut im Neuköllner Rathaus.

Die Stadtverordnetenversammlung von Neukölln wurde gestern abend während der Sitzung von einer Deputation der Kriegsbekämpften aufgesucht. Diese hat den Stadtverordneten einige Wünsche vortragen zu dürfen. Stadtrat Köhne bemerkte, daß den Kriegsbekämpften die Möglichkeit gegeben sei, ihre Wünsche der dafür eingewählten Deputation vorzutragen. Verschiedene Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung betonten gleichfalls, daß wenn heute die Kriegsbekämpften während der Sitzung vorgelesen würden, morgen ebensogut andere Gruppen mit demselben Verlangen kommen könnten. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, die Deputation nicht vorzulassen. Darauf erhob sich ungeheurer Tumult und Lärm auf den Tribünen, deren Besucher sich in heftigen Beschimpfungen gegen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ergingen. Die Fortsetzung der Versammlung wurde unmöglich und die Stadtverordneten verließen den Sitzungssaal.

Mit über 50 Mark Wochenlohn — ein Kräfz!

Anlässlich der neuen Fahrpreiserhöhung bei der Großen Berliner Straßenbahn hat deren Verwaltung neue Arbeiter-Wochenkarten herausgegeben. Die Karten zu 1 M. berechtigen zu 5 Fahrten, die zu 2 M. zu 12 Fahrten innerhalb einer Woche. Sie müssen aber am Sonnabend von den Betriebsbahnhöfen geholt werden, was allen denjenigen, die nicht in der Nähe der Bahnhöfe wohnen, es schon unmöglich macht, Wochenkarten zu benutzen. Ferner dürfen die Karten nur morgens von 7 Uhr und nachmittags nach 3 Uhr benutzt werden, was wiederum alle Schichtarbeiter ausschließt. Das Tollste aber ist: die Karten bekommt nur derjenige Arbeiter, der einen schriftlichen Ausweis von seinem Arbeitgeber bringt, daß sein Wochenverdienst nicht mehr als 50 Mark beträgt! Soll das eine Verhöhnung der Berliner Arbeiterkraft sein? Am Ende all ein Arbeiter, der mehr als 50 Mark Wochenlohn hat, der Straßenbahndirektion schon als ein Kräfz! Der neue Aufsichtsrat des auf den Zweckerwerb übergegangenen Unternehmens wird diese Bestimmungen schleunigst ändern müssen.

Der „wohlverdiente“ Hund.

Ein Hilfslehrer für höhere Lehramtskassen schreibt an uns einen aufgereizten Brief. In einem Vorort bei Berlin wurde ihm seine Stellung gekündigt, und er erhielt dann in einem andern Vorort eine neue Stellung, die er nächstens antreten soll oder vielleicht schon angetreten hat. Dieser Stellenwechsel hat nun für ihn die unangenehme Folge gehabt, daß er um die Entschädigungsumme kommt. Die Gemeinde, aus deren Dienst er ausgeschieden ist, würde ihm die Entschädigungsumme nur dann zahlen, wenn er am 1. Juni dort noch tätig gewesen wäre. Die andere Gemeinde oder, in deren Dienst er eintritt, zahlt nur an die Hilfslehrer, die bereits am 1. Januar für sie tätig waren. Das ist sehr bitter für ihn, und man kann nur wünschen, daß ein

Weg gefunden würde, dem Bedauernswerten zu helfen. Aber wir begreifen nicht, warum er das ein „Expansionsmandat“ nennt, über „Gemeinde“ und „Brutalität“ klagt und darin eine weitere Belastung des „Verbrechenskomplexes“ der deutschen führenden Kreise“ sieht. Obwohl leider in keiner der beiden Gemeinden die Vertreter der Mehrheitssozialisten auschlaggebend zahlreich sind, reißt er sich zum Schluß an der Mehrheitssozialdemokratie, die er offenbar nur dem Namen nach kennt. Er macht seinem Herzen Luft in der ungewollt komischen Prophezeiung: „daß der Mehrheitssozialismus bald ganz auf den wahlberechtigten Hund gefangen sein“ werde. Er selber ist, scheint uns, der richtige Mann dazu, bald bei den „wohlverdienten“ Unabhängigen oder Kommunisten anzulangen. Dort sind ja die Sammelstellen für Leute, die außer Fassung geraten sind, weil ihnen persönlich etwas in die Quere kam.

Ein Soldatenbegräbniß wurde von einer Mutter beobachtet, die auf dem Garnisonfriedhof in der Hasenheide das Grab ihres dort ruhenden Sohnes besuchte. Was sie sah, reißt sie „würdig“ den empörenden Dingen an, die in letzter Zeit über andere Soldatenbegräbnisse bekannt geworden sind. Als nach langem Warten der Leidtragenden endlich der Leichenwagen „im Galopp“ angekommen war, ließen einige anscheinend von außerhalb gekommene Verwandten des Toten den Sarg öffnen — und mit einem Aufschrei prallten sie zurück. Völlig nackt lag, verblüht und die Augenzeugen, der Soldat in dem letzten Holzstanz. Nicht mal ein leuchtendes Papierhemd hatte man, sagt sie bitter eingu, für den im Lazarett verstorbenen Soldaten gehabt. — Wird denn nicht endlich dafür gesorgt werden, daß diese Skandale sich nicht mehr wiederholen?

Kino, aber keine Wohnungen! Zu diesem Kapitel werden uns aus unserem Leserkreise immer noch neue Beiträge geliefert. In der Badstraße wird ein großer Saal zum Kino umgebaut, wobei auch wieder eine oder zwei Wohnungen eingezogen werden müssen. Immer wieder drängt sich die Frage auf, warum für solche Bauten sofort das nötige Baumaterial da ist.

Zur „Feier“ des Sedantages hat in der Berliner 200. Gemeindegemeinschaft (Danziger Straße) die Lehrerin Fräulein Reppening, wie sie uns zu der in Nr. 451 veröffentlichten Notiz schreibt, nicht beitragen wollen. Sie habe nicht „Heil im Siegertranz“ singen lassen, aber allerdings „Deutschland, Deutschland über alles“, das im Lehrplan vorgezeichnet sei. Ausgerechnet am Sedantag hat sie das singen lassen!

Die Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs, die der Winterfahrplan den Vororten um Berlin bringt, sind für die in Vororten wohnende, aber in Berlin arbeitende Bevölkerung sehr un bequem. Aus Rowa weis wendet sich an uns ein Leser mit einem Rat: schreibe über die seit langem als geradezu jammervoll empfundenen Verkehrszustände, unter denen dieser Arbeiterort zu leiden hat. Lokomotiven und Kohlen reichen anscheinend, schreibt er, meist nur bis zu der Villenkolonie Wannsee, wo die Wehrzahl derzüge bereits endet. Was nützt dem Arbeiter der Achtstundentag, wenn er infolge spärlicher Zugfolge sich Stundenlang auf dem Bahnhof umherdrücken muß!

Aufhebung des Markenzwanges für Seife.

Der Reichswirtschaftsminister erläßt folgende Bekanntmachung: Mit Ausnahme des K. A. Seifenpulvers sind sämtliche nach den Bestimmungen des Ueberwachungsaußschusses der Seifenindustrie hergestellten fetthaltigen Waschmittel (insbesondere K. A. Seife, Kern-, Fein-, Rasierseife) künftig markenfrei im Handel erhältlich. Für K. A. Seifenpulver bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft.

Eine fünfjährige Pferdebesitzerin wurde von der Lichterfelder Kriminalpolizei unerschöpflich gemacht. Eine große Anzahl Pferde, die ihr abgenommen wurden, konnten den besthölischen Eigentümern wieder zugestellt werden. Zwei Pferde, ein 12 bis 13 Jahre alter Dunkelbraunerhengst mit Flecken, vorn und hinten links weiß gefleckt, und eine etwa ebenso alte Fuchsstute mit Flecken und dem Brandzeichen Nr. 193 am Hals, sind noch herrenlos. Der kleine Bauernwirth hat braune Seitenhüden und neue Ortschaften. Wahrscheinlich hat die Bande diese Pferde und den Wagen außerhalb Groß-Berlins gestohlen. Dem gehören sie?

Beim Einbruch überrascht und angepöbeln wurde in der vorhergehenden Nacht der Arbeiter Karl Aroll aus der Sidingenstraße. Aroll hatte es mit dem 22 Jahre alten Arbeiter Karl Wienecke aus der Kruppstraße auf ein Geschäft am Hansaer 1 abgesehen. Als sie überrascht wurden, ergriffen beide die Flucht. Der wiederholten Aufforderung des Polizeiwachmeisters, stehen zu bleiben, folgte nur Wienecke. Jetzt schon der Wachmeister hinter Aroll her und verlor ihn am Oberhafen so schwer, daß er als Polizeigefangener nach der Charité gebracht werden mußte. — Geldstrafen hatten in der vorhergehenden Nacht in dem Kontor der Fabrik von Jund in der Remelerstraße 4000 M. bares Geld. — Geschäftseinkäufer erbeuteten in dem Laden von Reiser in der Landberger Straße für 14 000 M. Pelzwaren die zum Teil von Kunden zur Auslieferung dem Geschäftsmann übergeben waren, bei Dyalowski in der Niederwallstraße für 10 000 M. Seiring, Wollstoffe usw., bei Prager in der Wagganstraße 15/16 einen Koffer mit Wechseln im Werte von 10 000 M.

Gasvergiftungen beginnen wieder sich zu häufen. Die Berliner Feuerwehr wurde nach Hübnerstraße 6 gerufen, wo sie drei Personen bewusstlos auffand. Zwei wurden nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, eine wurde zu Hause in ärztliche Behandlung gegeben. Nach Choriner Straße 59 und Grebenstraße 20 wurde die Feuerwehr zu spät gerufen. Als sie ankam, waren die Personen, die sich dort mit Gas vergiftet hatten, schon tot. Weitere Gasvergiftungen wurden u. a. an der Liebenwalder Straße 23 sowie von sechs anderen Stellen gemeldet.

Son Regen unter die Traufe. Ein ungewöhnliches Pech hatte der 25 Jahre alte Seemann Paul Unterlänger aus Hamburg, der wegen Geiratschwindels von der Polizei festgenommen wurde. Er knipste, obwohl er verheiratet ist, im mer neue Liebesverhältnisse an und schwindelte seinen Bräuten ab, was er nur bekommen konnte. Als er sich unter seinem Namen nicht mehr sicher fühlte, verschaffte er sich in einer Herberge Papiere auf den Namen eines Posthilfsbeamten. Mit diesen wies er sich auch bei seiner Heirat aus, weil er glaubte, daß man einem Beamten solche Schwindeleien nicht antaue und ihn wieder auf freien Fuß setzen werde. Zu seinem Unglück ergab sich jedoch, daß gerade der Posthilfsbeamte wegen einer größeren Unterschlagung rechtlich verfolgt wurde. Jetzt fürchtete er, wegen dieses Amsterbechens noch weit schwerer bestraft zu werden als wegen seiner Schwindeleien und gab sich zu erkennen.

Ein toller Spitzbubenstreich.

Durch die Wachabteilung der Kommandantur sind gestern fünf Diebe festgenommen worden, welche einen Meidertransport, der für das Kriegsgefangenen-Durchgangslager Emden bestimmt war, ausgeraubt haben. Vor einigen Tagen lief auf dem Bahnhof Oranienburg ein Transport des Durchgangslagers Emden ein, das in einem Eisenbahnwaggon 3000 Zivillisten für die aus der Gefangenschaft Heimkehrenden nach Emden zu senden hatte. Der Führer des Transportes, Leutnant Schulz, fuhr nach Berlin. In Oranienburg blieb der Transport stehen, da kein passender Anschlag vorhanden war. — Die vier Wachmannschaften verkauften mehrere Bündel Anzüge für 150 Mark das Stück. Mit dem Erlös fuhr sie nach Berlin und kamen, als das Geld zu Ende ging, nach Oranienburg zurück. Inzwischen hatte der Bahnhofsvorsteher Verdacht geschöpft, plünderte den betrauten Eisenbahnwagen und benachrichtigte die Berliner

Kommandantur, die die Spitzbuben verhaftete. Der Schaden ist ziemlich hoch, da sich die Anschaffungskosten eines Anzuges für die Militärbehörde auf etwa 350 Mark belaufen. Der Offizier, der seinen Transport so leichtfertig verlassen hat, konnte noch nicht aufgefunden werden.

Befehlagnahme wurden auf dem Bahnhof Lichterfeld-Beit zwei Waggons mit circa 200 Zentner Kaffee und Zucker, die verschoben werden sollten. Die Schieber sind sämtlich ermittelt.

Die Bilanzstellung im Märkischen Museum kann wegen der andauernden Trockenheit erst im Oktober stattfinden. Die Bilanzstellung bleibt bis zum 26. September Dienstag und Freitag 12-5 Uhr geöffnet.

Eine Groß-Berliner Ausgleichsstelle für Krankenhausbekleidung soll geschaffen werden. Sie würde eine gleichmäßigere Bekleidung und Ausnutzung der Krankenhäuser ermöglichen. Nach den vorläufig aufgestellten Satzungen sollen Kranke in erster Reihe in ihren heimatischen Krankenhäusern untergebracht werden. Erst wenn dort kein Platz ist, können sie in dem nächst gelegenen Krankenhaus einer anderen Gemeinde, wo Betten frei sind, untergebracht werden.

Großfeuer am Wedding. Im Hause Lindower Str. 24 kam gestern nachmittags ein umfangreicher Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Es gelang, ein Uebergreifen des Feuers auf die Nebengebäude zu verhindern, doch wurde der Dachstuhl mit dem Inhalt der Bodenräume ein Raub der Flammen.

Rantow. Schöffenswahl. Bei der auf Grund der Verhältnismäßig vorgekommenen Neuwahl der 5 unbesetzten Schöffen behaupteten unsere Genossen ihre Sitze, während die U. S. P. von ihren zwei Sitzen einen an die Bürgerlichen verlor. Es wurden gewählt: Schmidt und Böckel (U. S. P.), Kubig (U. S. P.), Dr. Stein (Dem.) und Korte (Arbeitsgemeinschaft der Rechtsparteien.)

Reinickendorf. Bei der Gemeindevorstandswahl wurden zu Schöffen gewählt: Berndt, Behnke, Reuhoff (U. S. P.), Jeising (U. S. P.), Brederod (Bürgerlich).

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Auf „C.I.“-Mischarten ab heute wieder 1/4 Liter frische Vollmilch. Auf „C.II.“-Mischarten heute abendlich eine halbe Kondensmilch für die Zeit bis 2. d. Mts.

Steglis. Für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre vom 4. bis 6. d. Mts. 1. Lebensjahr 750 Gramm Daterkoden (18 K), 2. Lebensjahr 500 Gramm Daterkoden (18 K), 3. Lebensjahr 250 Gramm Reis und 250 Gramm Miesbad (14 K), 4. Lebensjahr 250 Gramm Reis und 250 Gramm Miesbad (14 K), 5. Lebensjahr 250 Gramm Reis und 250 Gramm Miesbad (14 K), 6. Lebensjahr 250 Gramm Reis und 250 Gramm Miesbad (14 K). Für werdende Mütter 1000 Gramm Reis, 500 Gramm Miesbad (14 K). Amerikanisches Weizenmehl 250 Gramm (W 16), 250 Gramm Reis (43).

Pantow. Wegen weiteren Rückganges der Milchlieferungen und mit Rücksicht auf die große Menge Milch, die täglich in die lauren Zustände eingeht, müssen die 1/2 Liter-, 1/4 Liter- und 1/8 Literarten ab 6. September um je 1/4 Liter gekürzt werden. Die 1/2 Liter-Krankeinfarfen werden einen Tag um den anderen mit frischer Milch beliefert. — Die Sitzung erfolgt verständig nur in den Ladengeschäften der Firma Speckowitz und bei den Kleinhandlern, die von dieser Firma beliefert werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Konzertveranstaltung.

Heute, Sonnabend, nachm. 4 Uhr, im Sprezzell, hinter den Jellen, großes Garten-Tanzkonzert, Kobalt, Gelangsvorträge, Kino und anschließend Sommerhochball. Eintrittskarten à 75 Pf im Bureau, Bellevuestr. 7, sowie bei der Abteilungsleitung. An der Kasse 1.— M.

Der Zentralbildungsausschuss

hat ein neues Mitteilungsblatt herausgegeben und an die Bildungsausschüsse versandt. Es enthält zahlreiche Anregungen für unsere sozialistische Bildungsarbeit im kommenden Winter sowie eine Reihe von Dispositionen für Vortragstourneen mit Literaturangaben und erörtert u. a. auch unsere Stellung zur Volkshochschule. Bildungsausschüsse und Organisationen, die das Mitteilungsblatt nicht erhalten haben, wollen sich an den Zentralbildungsausschuss wenden.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Zentralbildungsausschuss des Zentralbildungsausschusses jetzt wie folgt lautet: Amt Vorplatz Nr. 10717. Unter der gleichen Nummer sind auch die Geschäftsstelle der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, die Redaktion des „Freien Lehrers“ sowie der Hauptverband der Arbeiterjugendverbände zu erreichen. Die Brief- und Telegrammadresse für diese Institutionen bleibt wie bisher: Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

1. Abt. Sonntag Familienausflug nach Tranienburg. Abfahrt 8.40 Uhr Steiner Vorortbahnhof. Für Nachzügler Treffpunkt Restaurant zum Seefischen am Reihiger; dabei K. K. Kinderfest. Gaste willkommen. Siehe Verteilung der Genossen an Oranienburg und Umgebung wird erwartet.

33. Abt. Heute 7 1/2 Uhr bei Tamme, Kammerstr. 5. Sitzung der Funktionäre und Vertrauensleute. Ausgabe der Funktionärskarten.

Tempelhof. Heute, 7 1/2 Uhr, Kunkelabend des Wahlvereins in der Aula des Realgymnasiums, Köpenick-Augusta-Str. Eintrittskarten bei den Bezirksführern und am Saalzugang.

Niederhönoweide. Morgen, Sonntag, gemeinsamer Ausflug nach Bohnsdorf. Abfahrt Bahnhof Niederhönoweide vorm. 10 Uhr 03 Min. Treffpunkt für Nachzügler im Restaurant Birt, Bohnsdorf, Bahnhofsstraße.

Grünigsdorf. Montag, 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kienker, Kienkerstr.

Angestellte des Charlottenburger und Götterlampenwerkes Siemens- und Sander- Werke. Versammlung aller in der S. P. D. Organisierten im Nordwest-Rasmo, III-Abt. 30. Erscheinen dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Berlin. Montag, 8. September, 7 1/2 Uhr, Schule hinter der Garnisonstraße 2. Versammlung. Genosse Adahl: Die Ausgestaltung der Einheitslohn im sozialistischen Sinne. Gaste willkommen.

Junger sozialistischer Vereinigung (S. P. D.). Morgen, Sonntag, Wanderung nach Potsdam. Treffpunkt 7 1/2 Uhr S. S. Bahnhof, Eingang Koppentstraße, Ecke Kadaitstraße. Abmarsch vom Bahnhof Potsdam 8 Uhr. Gaste willkommen.

Vorbildungs-Zahlehrer und Lehrerinnen (S. P. D.). Konferenz am Montag, 8. Sept., 7 Uhr, im Quarenheim, Lindenstr. 3. 2. Hof III. Tagesordnung: 1. Reform der Lehrpläne. Ref.: Gen. Hoch. 2. Wahl eines Aktionsausschusses. 3. Aussprache. — Ohne Mitgliedsbuch oder Einladung kein Zutritt.

Vereinigung der Lehrer und Lehrerinnen. Ortsgruppe Neukölln. Dienstag 7 1/2 nachm. Angengrubenkasse.

Jugendveranstaltungen.

Abteilungsvorstände-Konferenz des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin. Heute, 7 Uhr, im Quarenheim, Lindenstr. 3. 2. Hof III.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Sonntag, 7. Sept., morgen 7 Uhr: Spielpartie nach Hasenberg. Treffpunkt Alexanderplatz (Gorolins). Das Jugendheim bleibt bei gutem Wetter geschlossen!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbekämpften. Beigt Norden. Bezirksversammlung am Montag, 8. September, 7 Uhr, im Böttcher-Festsaal, Schönebergstr. 23/24. Referent: Kamerad Geybenhaer. Mitgliedsliste ausgeben. — Freier Wanderbund. Chorabend-Rolle. — Chorabend. Abfahrt Steiner Vorortbahnhof, Sonntag früh 5 Uhr 30 Minuten. — Bräutchen. Rand und Leute. Bildervereinigung von Redakteur Bildspies (Eas Paulo), heute 8 Uhr im Schubertsaal, Bismarckstr. 104.